

Wöchentlich 65 Bl. monatlich 2.50 M.  
im voraus zahlbar. Postbezug 4.25 M.  
einschließlich 60 Pfg. Postgebühren und  
22 Pfg. Vorbestellgebühren. Auslands-  
abonnem. 6. — M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags  
zweimal, Sonntags und Montags  
einmal. Die Abendausgaben für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, „Illustrierte Beilage“, „Volk  
und Welt“ und „Kinderfreund“, Ferner  
„Unterhaltung und Witz“, „Frauen-  
stimme“, „Lach“, „Bild in die  
Küchenschüssel“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration  
des Blattes, seitdem die 3. Reichs-  
marke „Kleine Zeitung“ her-  
ausgegeben wird, ist ein Beweis für  
den Erfolg der Konzentration.  
Am 12. Dezember, jedes weitere Blatt  
10 Pfennig. Blatt über 12 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt  
Seite 60 Pfennig Familienangelegenheiten  
40 Pfennig. Angelegenheiten im Haupt-  
geschäft. Unterdrucke 3 wochentags  
von 11. bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontos: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Kapitalisten  
und Beamten, Wallstr. 65. St. B. u. Disck.-Ges., Depozitenkassa Lindenstr. 3.

## Antwort an Schacht.

### Mittwoch große Finanzdebatte im Reichstag.

Amlich wird folgende Erklärung veröffentlicht:  
Der Herr Reichspräsident Dr. Schacht hat der  
Reichsregierung ein Memorandum zu den im Gang  
befindlichen Verhandlungen über den Young-Plan und  
zu den Fragen der Finanzpolitik zugeleitet.

Die Veröffentlichung fällt mitten in Be-  
sprechungen, die über diese Fragen mit ihm ge-  
pflogen worden sind. Die Reichsregierung muß ihr  
Befremden über die Veröffentlichung aussprechen.  
Die Voreiligkeit, mit der die Stellungnahme des  
Herrn Reichsbankpräsidenten erfolgt ist, gefährdet  
die einheitliche Staatsführung. Der Herr  
Reichsbankpräsident hatte zwar im Laufe der Bespre-  
chungen angekündigt, daß er sich vorbehalten müsse, seine  
Auffassungen über die Beurteilung der schwebenden  
Fragen darzulegen, er hat dabei aber ausdrücklich  
betont, daß dies in einer Form geschehen werde,  
die keinen Schaden anrichten könne.

Art und Inhalt des Memorandums sowie der  
Zeitpunkt seiner Veröffentlichung stehen hierzu in  
schroffem Widerspruch. Die Reichsregierung lehnt es  
ab, sich im gegenwärtigen Zeitpunkt auf eine Ausein-  
anderrechnung mit den Darlegungen des Memorandums  
einzulassen.

Die Reichsregierung hat sich bereits in den letzten  
Tagen dahin schlüssig gemacht, dem Reichstage im  
Laufe der kommenden Woche die Grundzüge  
ihres finanziellen Gesamtprogramms zu unterbreiten.  
Das Programm wird Maßnahmen zur Sa-  
nierung der deutschen Finanzen, eine um-  
fassende Steuerreform und die Entlastung der  
Kassenlage, insbesondere auch von den Zuschüssen  
für die Arbeitslosenversicherung durch Verstärkung der  
Einnahmen der Anstalt umfassen.

Den Fraktionsführern der an der Regierung beteiligten  
Parteien ist schon vor Tagen eine Einladung zur  
Erörterung dieses Programms für den Anfang der  
kommenden Woche zugegangen. Der Reichsanwalt wird  
am nächsten Mittwoch dem Reichstage, dem die  
Regierung allein verantwortlich ist, dieses  
Programm der Reichsregierung in einer Regierungser-  
klärung vorlegen und hierfür sowie für die Gesamt-  
politik der Reichsregierung die Vertrauensfrage  
stellen.

Soweit es sich darum handelt, die bisherige Linie der  
Außenpolitik weiter zu verfolgen, wird es in den  
großen Reichstagsdebatten der kommenden Woche kaum  
Schwierigkeiten geben. Anders sieht es mit den Fragen der  
Reichsfinanzreform, denn hier gehen die Meinungen  
sehr weit auseinander. Ein Symptom dafür ist eine soeben  
erschienene Erklärung des Reichsverbandes der  
Deutschen Industrie und zahlreicher anderer Unter-  
nehmerverbände, in der gegen eine Erhöhung der Beiträge  
für die Arbeitslosenversicherung Sturm gelaufen

wird. Werden aber die Beiträge nicht erhöht, so bleibt nur  
zweiterlei übrig: entweder die notwendigen Mittel auf dem  
Wege über die Reichskassen durch Steuern heranzuholen  
oder aber die ganze Arbeitslosenversicherung zusam-  
brechen zu lassen.

Der neue Angriff der Arbeitgeber verfolgt das Ziel, der  
Arbeitslosenversicherung die notwendigen Mittel zu sperren  
und damit ihren weitgehenden Abbau zu erzwingen.

Die Sozialdemokratie wird darauf bestehen müssen, daß  
die Mittel zur Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung  
gewährt werden. Sie muß aber darüber hinaus verlangen,  
daß durch die kommende Reform die Ordnung der Reichs-  
finanzen unbedingt gesichert wird. Die Sorge vor zu hohen  
Reichseinnahmen ist schon deshalb unbegründet, weil etwaige  
Ueberschüsse zunächst durchaus notwendig sind, um eine er-  
trägliche Kassenlage herbeizuführen. Auf der anderen Seite  
ist die sogenannte „Wirtschaft“ im Irrtum, wenn sie glaubt  
in einem Staat prosperieren zu können, der nie aus der Geld-  
Klemme herauskommt und der darum genötigt ist, seine so-  
zialen Ausgaben auf das empfindlichste einzuschränken.

Auch der „Wirtschaft“ wird letzten Endes ein Bärendienst  
geleistet, wenn man die Lage der Finanzen günstiger dar-  
stellt, als sie ist, und wenn man Steuererleichterungen fordert,  
die in dem gewünschten Ausmaß zwangsläufig in den Staats-  
bankrott hineinführen müßten.

Die Regierung will die Vertrauensfrage stellen.  
Eine Konfidenzformel über Grundzüge wird sich wohl finden  
lassen, und damit wird eine Krise vermieden werden, mit der  
heute niemand — am allerwenigsten die Opposition — etwas  
Berenüftiges anzufangen würde. Die eigentlichen Schwierig-  
keiten dürften erst im nächsten Jahre kommen, wenn bindende  
Beschlüsse zu fassen sein werden.

Mit Herrn Schacht, der übrigens die bevorstehende  
Reichstagsdebatte nicht verursacht hat — der Plan, sie in  
der nächsten Woche herbeizuführen, bestand schon vor seiner  
Aktion —, befassen wir uns an anderer Stelle ausführlicher.

### Jubel der französischen Nationalisten.

Paris, 6. Dezember. (Eigenbericht.)

In der außenpolitischen Kommission der Kammer  
hat die um die Abg. Marin und Franklin  
Drouillon gescharte nationalistische Clique den Dolch-  
stoß des Reichsbankpräsidenten bereits zu neuen scharfen  
Attaken gegen die Rheinlandräumung und die Saar-  
verhandlungen benutzt. Die schwere Last der inneren  
Widerstände, mit denen Briand seit der Regierungser-  
klärung Lardoux in erhöhtem Maße zu kämpfen hat,  
wird dank Dr. Schacht erheblich gesteigert. Auch auf der  
Linken wird Schachts Susarenstück als außerordentlich  
peinliche Belastung des ohnehin nur mit größter  
Mühe innegehaltenen Kurses der Annäherungspolitik  
empfunden.

## Sejm gegen Pilsudski.

### Mißtrauensvotum mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Warschau, 6. Dezember.

Das von den Oppositionsparteien eingereichte Miß-  
trauensvotum ist heute abend gegen 11 Uhr mit  
246 gegen 120 Stimmen bei 4 für ungültig er-  
klärten Stimmen angenommen worden.

Nach der Abstimmung veranstalteten die kommuni-  
stischen Abgeordneten eine Kundgebung im Saale,  
die den Sejmarsschall Dajinski nötigte, die Sitzung  
aufzuheben, ohne den Termin der nächsten Sitzung  
zu bestimmen.

Nach den unverblühten faschistischen Drohun-  
gen, die von Pilsudski und seinen Leuten seit Wochen und  
noch in der gestrigen Sitzung für den Fall der Annahme dieses  
Mißtrauensantrages ausgesprochen wurde, darf man auf die  
weitere Entwicklung in Polen auf das höchste gespannt sein.

Bezeichnend ist wieder einmal das Auftreten der Kom-  
munisten, die in diesem entscheidenden Augenblick nichts  
Gefährlicheres zu tun haben, als eine Kadavere aufzu-  
führen, die in ihrer Wirkung nur als Entlastung für

Pilsudski dienen kann. Es ist überall dasselbe idiotische  
Treiben: im Deutschen Reichstag am Mittwoch kommunistische  
Rüpelzügen gegen Severing als Ablenkung von dem Zerfall  
der Deutschnationalen, im polnischen Sejm Kadavertänze  
als Ablenkung von der schweren moralischen Niederlage  
Pilsudskis.

(Weitere Meldungen auf der dritten Seite.)

### Lettenparlament gegen Kriegsminister.

#### Noch drei Stimmen Mehrheit für das Gesamtkabinett.

Riga, 6. Dezember.

Der Sejm nahm mit 51 gegen 48 Stimmen das vom linken Flügel  
der Regierungskoalition eingebrachte Mißtrauensvotum  
gegen den Kriegsminister Ozols an, dem vorgeworfen wird,  
eine dem Willen der Parlamentsmehrheit widersprechende Re-  
organisation des Kriegsministeriums durchgeführt zu haben. Mit  
der gleichen Mehrheit wurde das sozialistische Mißtrauens-  
votum gegen das Gesamtkabinett abgelehnt.

## Schacht macht Politik.

### Wie lange noch?

Das Reichskabinett hat auf die Herausforderung  
Schachts geantwortet. Die Antwort ist formell und nimmt  
zum sachlichen Inhalt des Memorandums keine Stellung.  
Über die Antwort ist scharf. Sie macht dem Politiker Schacht  
den schwersten Vorwurf, der einem Politiker gemacht  
werden kann. Sie sagt von der Stellungnahme des Reichs-  
bankpräsidenten zu den Haager Verhandlungen und zur  
Reichsfinanzreform, sie gefährde die einheitliche Staats-  
führung. Die Reichsregierung gibt Schacht auf seine Kritik  
keine Antwort. Sie lehnt eine Diskussion mit Herrn Schacht  
trotz der Prävention des Reichsbankpräsidenten, eine sofortige  
Wirkung erzielen zu wollen, rundweg ab. Sie erteilt dagegen  
der Öffentlichkeit, die Schacht mit seinem Angriff überfallen  
hat, die positive Antwort, daß dem Reichstag im Laufe  
der kommenden Woche die Grundzüge des Finanzprogramms  
der Regierung unterbreitet werden. Das Reichskabinett er-  
klärt schließlich, daß es im Anschluß daran für seine Gesamt-  
politik den Reichstag um sein Vertrauen befragen werde. Das  
Vertrauen des Herrn Schacht spielt für das Reichskabinett,  
das nur dem Reichstag verantwortlich ist, keine Rolle.

Im Reichskabinett sitzen nicht nur Sozialdemokraten, im  
Reichskabinett sitzen die bürgerlichen Vertreter der Deutschen  
Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten, sitzen ins-  
besondere Männer, die auch den einfluhrreichsten Kreisen der  
Industrie nahesteht. Herr Schacht hat die scharf ablehnende  
Antwort des Reichskabinetts verdient.

Die Öffentlichkeit diskutiert noch darüber, welches die  
letzten Motive sind, die Herrn Schacht zu seinem Schritt ver-  
anlaßt haben. Wir werden darüber noch sprechen. Aber für  
die Motive nicht unbedeutend ist die Form, in der Herr  
Schacht seine Aktion durchgeführt hat, in der er kritisiert hat,  
mit der er in seiner politischen Aktion argumentiert hat. Ein  
Politiker, der etwas will, kann fair oder unfair vorgehen.  
Wir glauben, daß Herr Dr. Schacht nicht fair vorgegangen ist,  
denn wir halten es nicht für einen Zufall der Regie, daß die  
Zeitungen Berlins sein Memorandum um 10 Uhr abends  
erhalten haben. Die Reichsminister aber erst nach Mitternacht,  
so daß das Memorandum kommentarlos hin-  
ausgehen mußte. Schacht hat unfair gehandelt gegen-  
über dem Reichskabinett insgesamt, das ihn von der bevor-  
stehenden Aktion im Reichstag informiert hatte, was Schacht  
bewußt verschweigt. Er hat unfair gehandelt gegenüber dem  
toten Stresemann, von dem er weiß, daß er die Formulierung  
von Grundzügen für die Finanzreform erst nach der Ratifi-  
zierung des Young-Planes für möglich hielt.

Wenn ein Politiker kritisieren will, kann er in seiner  
Kritik wahrhaftig oder unwahrhaftig verfahren. Wir glauben  
nicht, daß es wahrhaftig ist, der Reichsregierung in der Re-  
parationsfrage Vorwürfe zu machen, wenn man selber, wie  
eben Herr Schacht, an dem weniger befriedigenden Teil der  
erzielten Ergebnisse ein gerüttelt Maß von Schuld trägt. Es  
ist die Ueberzeugung sämtlicher Beobachter in Paris, daß  
Schachts ständige Drohungen mit Ultimaten die Pariser Be-  
handlungen fast zum Scheitern brachten, und es ist bekannt,  
daß die von ihm in Paris unterzeichnete schwere Tribut-  
belastung nicht zuletzt deshalb in dieser Form zustande kam,  
weil sein politisches Versagen die deutschen Dele-  
gierten unter den stärksten Druck stellte.

Ein Politiker kann für seine politischen Zwecke mit loyalen  
oder mit illoyalen Mitteln wirken. Herr Schacht sagt in seinem  
Memorandum, daß eher Steuererhöhungen als Steuer-  
senkungen in der nächsten Zeit zweckmäßig seien. Dennoch  
erweckt er den Eindruck, als ob eine sofortige Finanzreform  
nicht nur möglich wäre, sondern auch der Wirtschaft sehr be-  
deutende Steuererleichterungen gewährt werden könnten. Wir  
glauben, daß das illoyal und unwahrhaftig zugleich ist.

Was will nun Herr Schacht? Man spricht in  
Deutschland kein Geheimnis mehr aus, wenn man sagt, daß  
es eine alte Leidenschaft des Reichsbankpräsidenten ist, eine  
große politische Rolle zu spielen. Es gibt sogar auch Leute,  
die ihn dafür geeignet halten. Wertwürdigerweise sind es  
immer Interessenten, denn der Kreis seiner politischen An-  
hängerchaft wechselt je nach der Situation.

Es gab eine Zeit, da waren die Großbanken seine  
ärgsten Feinde. Es ist gegenwärtig wieder so, daß Herr  
Schacht nichts unternimmt, was er nicht mit seinen Freunden  
in den Großbanken bespricht.

Die Freundschaft des Reichsbankpräsidenten für die  
Schwerindustrie aller Grade ist bekannt. Und diese  
Freundschaft beruht auf Gegenseitigkeit. Herr Schacht ist aber  
noch nie darüber stumm geworden, daß sein politisches Talent  
immer nur in Interessentenkreisen Anerkennung gefunden hat.

Daß Herr Schacht im Reiche Finanzminister oder  
parlamentarischer Finanzdiktator werde, war früher einmal  
der Wunsch sehr einfluhrreicher Industrie- und Bankkreise.  
Man hat damals in diesen Kreisen im Ernst daran  
gedacht, man könne einen solchen Finanzdiktator in parlamen-  
tarischen Formen schaffen und hat geglaubt, auch die Zustim-  
mung der Sozialdemokratie zu einer solchen neu-  
artigen Einrichtung des parlamentarischen Systems erhalten

zu können. Dieser Glaube war ein Aberglaube, doch ist man inzwischen von dem ganzen Plan schon wieder abgekommen. Denn in denselben Kreisen, die Herrn Schacht als Finanzdiktator auf den Schild zu erheben gesonnen waren, herrscht heute Entsetzen über sein Vorgehen. Man sagt sich resigniert, daß dieser Mann in wichtigen Situationen wohl oft einen scharfen Blick bewiesen habe, daß er aber immer, wenn es darauf ankomme, im Gebrauch der politischen Mittel verjage.

In der Tat, Herrn Schachts Hujarenritt ist nur zu verstehen, wenn er die Absicht gehabt hat, selber der Finanzdiktator Deutschlands zu werden. Da aber politisches Augenmaß nie seine Stärke war, wird er darauf verzichten müssen. Seine nächsten Freunde können ihm das nicht mehr wünschen.

Aber Herr Schacht macht Politik. Er macht sie, wie er glaubt, im Interesse der deutschen Wirtschaft, und er sieht nicht, daß die deutsche Wirtschaft etwas anderes viel notwendiger brauchte, nämlich einen tüchtigen, zuverlässigen und die Wirtschaftssituation wirklich meisterrnden Leiter der Deutschen Reichsbank. Das ist nämlich das eigentliche Amt des Herrn Doktor Schacht, was man in Deutschland in der Tat allmählich vergessen könnte. Während Herr Schacht nämlich Politik macht, braucht die deutsche Wirtschaft nichts notwendiger als eine Hilfe, die die Deutsche Reichsbank ihr geben könnte. Gegenüber den Banken herrscht heute im ganzen Lande eine ausgesprochene Vertrauenskrise. Jeden Tag finden Ruins auf Banken statt. Jeden Tag brechen von neuem Banken zusammen. Der Sparstumpf und die zinstose Aufhäufung von Banknoten in Safes sind wieder zu Ehren gekommen. Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ist längst ins Stocken geraten. Wegen der Unsicherheit auf den Geld- und Kapitalmärkten bereitet sich auch hier eine Vertrauenskrise vor, die keineswegs in der Kassenlage des Reiches etwa ihre Ursache hat. Die Vertrauenskrise gegenüber den Banken und der Pessimismus in der Wirtschaft führt immer mehr zur Kapitalflucht. Und alles das wird durch die Politik des Herrn Schacht gefördert.

Der Präsident der Reichsbank aber wäre schon seit langem in der Lage gewesen — er hätte es spätestens unmittelbar nach dem Novemberdeutschen können —, den Diskontsatz der Reichsbank herabzusetzen. Diese Herabsetzung des Diskontsatzes hätte eine Kreditverbilligung im ganzen Lande herbeigeführt. Sie hätte das Vertrauen nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch gegenüber den Banken erhöht, sie wäre dem Ausland gegenüber ein Zeichen der Zuversicht in die deutsche Wirtschaftslage gewesen, einer Zuversicht, die durchaus gerechtfertigt ist. An diese Kreditverbilligung hat Herr Dr. Schacht, der Politiker, natürlich nicht gedacht. Es war für ihn wichtiger, eine große politische Aktion zu unternehmen zur Befriedigung eines freemüchtigen politischen Ehrgeizes, eine Aktion, mit der er in der Wirtschaft wie in der deutschen Staatspolitik viel Porzellan zertrümmert hat.

In Deutschland hat es so manchen tüchtigen Wirtschaftsführer gegeben, der als Politiker ein kläglicher Dilettant war. Daraus folgt aber noch nicht, daß jeder, der schlechte Politik macht, ein tüchtiger Wirtschaftsführer sein muß. Ein Reichsbankpräsident, der nichts anderes kann, als schlechte Politik machen, ist eine öffentliche Gefahr!

## DD-Bank und Beamtenzentralbank.

### Soll die Privatwirtschaft die Gewerkschaftsbank schlucken?

Es wird gemeldet, daß die Beamtenzentralbank A. G., Berlin, die Bank des Deutschen Beamtenwirtschaftsbundes, in Verhandlungen mit der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft steht, um sich an diese anzuschließen. Die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft soll dabei mehr als die Hälfte des Aktienkapitals übernehmen.

Dieser Versuch der Zusammenarbeit einer Art Gewerkschaftsbank mit einer Großbank ist sehr gefährlich. Der Überwiegende Einfluß einer privatkapitalistischen Großbank auf eine Gewerkschaftsbank, wie die Beamtenzentralbank eine ist, bedeutet Gefährdung der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit, was sich der „Deutsche Beamtenwirtschaftsbund“ und die ihm nachstehenden Organisationen zehnmal überlegen sollten. Es ist deshalb auch sehr verständlich, daß die hinter der Zentralbank stehenden Verbände noch keineswegs entschlossen sind, die Anlehnung an die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft mitzumachen. Es wäre auch ein sehr großer Unfug, in Berlin, nachdem schon die „Bank für Deutsche Beamte“ von der „Dresdner Bank“ aufgelöst wurde, noch ein Unheil durch die Heranziehung einer zweiten Großbank in die Beamtenwirtschaft anzurichten.

Wir hören außerdem, daß bereits ein Kreditangebot von der Zentrale des Beamtenvereinsverbands und den mit ihr zusammenarbeitenden Stellen vorliegt. Das rechtfertigt die Bedenken, in der Beamtenzentralbank mit den Beschlüssen nicht gar zu eilig zu sein.

## Ja und nein!

### „Unsere Landesväter, wie sie gingen und wo sie blieben.“

Ein wirtschaftsparteilicher Landtagsabgeordneter wies in einer kleinen Anfrage auf eine Mitteilung der „Herner Zeitung“ hin, in der es hieß, daß an sämtliche Parteigeldstellen Exemplare des Buches „Unsere Landesväter, wie sie gingen und wo sie blieben“ kostenlos mit der Bestimmung verteilt worden seien, sie in die Büchereien aufzunehmen und dort zu inventarisieren.

Wie der Antiliste Preussische Pressedienst mitteilt, wird die Frage, ob diese Mitteilung den Tatsachen entspreche, vom preussischen Minister des Innern bejaht, desgleichen die Frage, ob die Verteilung des Buches mit Zustimmung des Ministers geschehe. Ferner stellt der Minister fest, daß die Bücher aus Mitteln des Staatshaushalts bezahlt worden seien.

Die letzte Frage, ob der Minister des Innern es für richtig halte, „daß sich staatliche Instanzen... an der Verunglimpfung unferer staatl. Vergangenheit beteiligen“, wird vom Minister mit einem „Nein“ beantwortet.

Hoffentlich ist der neugierige Fragesteller jetzt befriedigt!

**Müchmeyerers „Schweinefall“.** Der frühere Vizepräsident Müchmeyer aus Borkum wurde vom Schöffengericht Emden wegen eines Bergabens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt. Müchmeyer hatte auf Borkum in einer Versammlung öffentlich die republikanische Staatsform des Reiches dadurch beschimpft, daß er u. a. erklärte, das heutige Parlament sei ein Schweinefall. Wir seien ein Volk in Rot, durch die Regierung ausgehöhlet und ausgeplündert. „Nieder mit dem Eisai!“

**Abelsterungung beschlossen.** In der Wärschauer Judenstadt wurde ein Zug von etwa 300 jüdischen Sozialisten beschlossen. Eine Person wurde getötet, zwei verletzt. Der Polizei ist es nicht gelungen, der Lärre habhaft zu werden.

# Sklaref vor dem Ausschuss.

## Brandes und Brolat im Verhör.

In der Freitag-Sitzung des Sklaref-Untersuchungsausschusses wurde zunächst Obermagistratsrat Brandes vernommen, der im Auftrag des Magistrats Mitte September den Sklaref-Kredit bei der Stadtbank nachgeprüft und dabei die falschen Kreditunterlagen festgestellt hat. Er soll Aussagen über den Besuch, den ihm Stadtbankdirektor Brolat im Laufe dieser Prüfung gemacht hat.

Obermagistratsrat Brandes: Brolat kam, ich glaube am 19. September zu mir und sprach mit mir über das Erholungsheim der Brennstoff-Gesellschaft. Nach dieser Einleitung begann er von der Revision des Sklaref-Kredites. Ich bin nicht in der Lage, den Wortlaut seiner Äußerungen wiederzugeben. Ungefähr erzählte er mir, daß die Sklarefs in der Adlerstraße großgeworden seien, daß ihr Vater Sattler gewesen wäre, daß sie Christinnen geheiratet hätten und daß sie reiche Mittel für die Unterstützung von Partei und Reichsbanner zur Verfügung stellten. Er lud mich dann ein, mit ihm zu den Sklarefs herüber zu gehen. Das lehnte ich ab, und damit war dieser Teil der Unterhaltung zu Ende. Ungefähr zur gleichen Zeit hatten sich auch Gabel und Obermagistratsrat Clementz bei mir angemeldet. Ich habe sie aber nicht gesprochen. Ich habe die Sache nicht dramatisch genommen, weil ich ja als alter Beamter durch solches Gespräch nicht aus dem Lert komme. Aber als ich nachher durch Stadtbankmann Sokoloffi erfuhr, daß Leo Sklaref unten auf Brolat gewartet hatte, überkam mich die Wut. Wäre ich zufällig mit Brolat mitgegangen, dann hätten mich die beiden wohl gleich eingewickelt. Auch Sokoloffi ist ja von Leo Sklaref gefragt worden, was bei meiner Revision herausgekommen wäre.

Zeuge Brolat: Ich verahre mich gegen die Aussage von Brandes und verweise auf meine früheren Aussagen. Vor. Schwenk (Komm.): Sie müssen „Herr“ Brandes sagen! Brolat: Man spricht von mir ja auch nur als „Brolat“. Mein Besuch bei Brandes war am 20. September vormittags 11 Uhr. Ich habe hier darüber die Eintragung. Um 12 Uhr war ich mit einigen Mitgliedern meines Ausschusses zur gemeinsamen Fahrt nach dem Ferienheim der VVB. Brunschaupien verordnet. Es ist deshalb ebenso unmöglich wie es unwahr ist, daß ich Herrn Brandes aufgefordert hätte, mit mir zu den Sklarefs zu kommen. Von Partei und Reichsbanner habe ich mit Herrn Brandes nicht gesprochen, und von der Anwesenheit Leo Sklarefs erst durch Oberregierungsrat Tapolski erfahren.

Abg. Obuch (Komm.): Zeuge Brolat, Sie sollen mit den Sklarefs persönlich sehr intim gewesen sein. Sie haben sich mit ihnen gebuzt und sind mit ihnen viel zusammen gewesen?

Zeuge Brolat: Das ist richtig. Ich habe sie durch Schünung kennengelernt und ihnen insgesamt für 37 000 R. Brennstoff verkauft. Wir haben uns dann abends oft getroffen. Im Hause der Sklarefs bin ich selten gewesen, weil ich Gesellschaften nicht liebe und auch Jagden nicht mitmache. Hingegen gebe ich zu, daß ich damals in der VVB. vielen Kerger hatte, denn eine solche Widerständigkeit und einen solchen Blödsinn, wie ihn dort der kommunistische Betriebsrat angestellt hat, habe ich überhaupt noch in keinem Betrieb gesehen; da hatte ich manchmal das Bedürfnis, mir richtig einen anzulaufen. (Heiterkeit.) Die Quittung dafür, daß ich im Interesse der Bevölkerung Berlins in der VVB. Ordnung geschaffen habe, habe ich in den Angriffen des Brandesblattes, der „Roten Fahne“ erhalten.

Abg. Obuch (Komm.): Sie sollen auch mit Degner befreundet gewesen sein?

Zeuge Brolat: Auch Degner hat mit uns beim Bier zusammengeessen. Ich habe Degner auch einige Male im Betrieb der VVB. getroffen. Im übrigen hatte ich von den Beziehungen zwischen Degner und Sklaref natürlich keine Ahnung.

Abg. Obuch: Ihre Frau soll mit Frau Sklaref eine Soubrette gemacht haben?

Zeuge Brolat: Das ist unwahr.

Abg. Obuch: Wie war es mit dem Pelz?

Zeuge Brolat: Ich hatte vor Weihnachten Willi Sklaref erzählt, daß ich meiner Frau einen Pelz schenken wollte und er hatte mir den Namen des Pelzhändlers Gohlke genannt. Ich habe ihm als Höchstpreis 2000 R. angeboten und habe dann meine Frau zu Gohlke geschickt. Der Pelz ist Weihnachten geliefert worden, wertwürdigerweise ohne Quittung. Ich habe dann Willi Sklaref nach der Quittung gefragt, worauf er behauptete, sie hätten bei Gohlke Kredit. Am 23. März habe ich mir 2000 R. aus der Kasse der VVB. zahlen lassen, bin zu den Sklarefs gefahren und habe bezahlt. Zu der Eile veranlaßte mich eine Bemerkung von Leo Sklaref über den schlechten Geschäftsgang und die Tatsache, daß ich Dezerment für den Kleiderkauf bei der VVB. werden sollte, die seit 1925 mit den Sklarefs in Geschäftsverbindung stand. Da wollte ich diese Sache bereinigen. Ich habe die Sklarefs um eine Quittung gebeten, und es ist mir erst nach ihrer Verhaftung wieder eingefallen, daß ich sie nicht bekommen habe. Für die Anzüge, die ich mir seit 1927 bei Sklaref habe machen lassen, habe ich

### alle Quittungen im Besitz.

Ich bin dann nachträglich bei Gohlke gewesen und habe dort feststellen gesucht, wie es kam, daß ich nicht direkt die Rechnung erhalten habe. Der Inhaber der Firma sagte mir, er hätte Willi Sklaref angerufen, um die Hausnummer meiner Wohnung zu erfahren; dabei hätte ihm dieser gesagt, er solle die Rechnung an ihn schicken. Er hat mir aber aus seinen Büchern gezeigt, daß meine Bestellung auf meinen Namen eingetragen war, während alle Pelze, die Sklaref sonst an Bekannte geliefert hat, nur den Vermerk trugen: im Auftrage von Sklaref. Er hat mir auch gezeigt, daß die Sklarefs am 11. Februar die 2000 Mark durch Dreimonatswechsel bezahlt haben. Ich habe an die Sklarefs also früher gezahlt, als sie an Gohlke.

Es entspinnen sich dann lange Erörterungen darüber, ob Brolat am 20. September von der Revision des Kontos Sklaref überhaupt Kenntnis hatte.

Obermagistratsrat Brandes ist überzeugt, daß die Stadtbankdirektoren die Sklarefs über die Revision informiert haben. Er habe auch angenommen, daß Brolat davon wisse, denn wozu hätte er sonst ihm sozial von den Sklarefs erzählt. „Solchen Quatsch macht man doch nicht umsonst.“ Brolat bleibt demgegenüber dabei, daß er weder die Revision, noch überhaupt den Kredit kannte. Auf die Sklarefs sei das Gespräch gekommen, weil Brandes eine

### abschlägige Bemerkung über das Anschaffungsamt gemacht

hätte. Eine weitere Erörterung dreht sich darum, ob Brolat bei Brandes von Zuwendungen der Sklarefs an die Partei und das Reichsbanner gesprochen habe. Brolat bleibt dabei, daß er davon nicht gesprochen haben könne, weil er Brandes als reichstehenden Beamten gekannt hätte. Außerdem habe er gewußt, daß Partei und Reichsbanner von den Sklarefs so gut wie nichts bekommen hätten.

Obermagistratsrat Brandes stimmt sich dieser Bemerkung ganz genau.

Abg. Heilmann (Soz.) macht darauf aufmerksam, daß nach den Angaben Tapolskis Obermagistratsrat Brandes nur vom Reichsbanner gesprochen hätte. Er fragt den Zeugen, ob er sich heute genau entsinne, daß auch von der Sozialdemokratischen Partei die Rede war.

Obermagistratsrat Brandes: Brolat hat

von den politischen Parteien in der Mehrzahl gesprochen.

Zeuge Brolat: Auch das bestreite ich auf das entschiedenste. Berichterstatter Koennede (Dnat.): Zeuge Brolat, Sie haben in ihrer ersten Vernehmung gesagt, Obermagistratsrat Brandes genosse auch bei Magistratsmitgliedern der Ruf, Tag und Nacht darauf zu lauern, wie er einem republikanischen Beamten ein Bein stellen könne. Deshalb könnten Sie mit ihm vom Reichsbanner nicht gesprochen haben. Von welcher Magistratsmitgliedern wissen Sie das über Brandes?

Zeuge Brolat: Darüber gebe ich keine Auskunft.

Vorsitzender Schwenk: Sie haben kein Recht, darüber das Zeugnis zu verweigern.

Zeuge Brolat: Heute beantworte ich diese Frage bestimmt nicht. Ich behalte mir eine Erklärung vor, ob und warum ich sie beantworte. Hierauf wird

### Bürgermeister Dr. Scholz

vernommen. Er sagt, daß er immer ein Gegner der Monopolverträge und ein Gegner der Sklaref-Verträge gewesen sei; das gehe auch aus den Akten hervor. In der Angelegenheit des 300 000-Mark-Kredites sei er ebenso wie der Rämmerer überstimmt worden. Bei der Fülle der Arbeit sei ihm diese Kleinigkeit aber wieder entfallen.

In der Nachmittags-Sitzung soll zunächst der Zeuge Lehmann, Prokurist der Firma Sklaref, vernommen werden. Er erklärt, ohne Bücher und Unterlagen nichts auslegen zu können. Auf einzelne vorgelegte Fragen erwidert er, er müsse über die Beantwortung erst mit seinem Verteidiger Rücksprache nehmen. Es wird dann

### Willi Sklaref

aufgerufen, der mit großem Nachdruck seine völlige Unschuld versichert. Es sei traurig, daß kein Mensch mehr den Mut habe, die Wahrheit zu sagen. Die Sklaref-Verträge seien kein Geheimnis gewesen. Alle hätten darum gewußt, der Oberbürgermeister, der Bürgermeister Dr. Scholz — dieser ganz besonders —, der Stadtkämmerer Lange, alle Stadträte und die meisten Stadtverordneten. Alle hätten gewußt, daß die Firma Sklaref die Reinigungsstelle der Stadt Berlin gewesen sei. Bei allem was man auf sie abgeschoben hätte, hätte man ihnen versprochen, sie später zu entschädigen. Sie hätten, bis die Geschäfte mit dem Magistrat angingen, keine Schulden und ein ansehnliches Vermögen besessen. Die Stadt Berlin habe ihnen die VVB. aufgehängt, einen „mistigen, dreißigen Saustall“, an dessen Wänden sie Hunderttausende verrotten und in den sie Hunderttausende hineingefleckt hätten. Mit vollem Recht habe Schollbach gesagt, man habe ihnen Attrappen statt Waren gegeben. Kein Bezirksamt habe ihnen das Zeug abgenommen, es liege noch jetzt in der Kommandantenstraße. Sie hätten dann immer wieder versucht, den Schaden durch neue Verträge abzugewinnen. Keinen der Verträge habe die Stadt gehalten. Trotzdem wäre niemand aus den Krediten ein Schaden erwachsen, wenn man sie nicht in den Konturs getrieben und alle Werte für den zehnten Teil verpfändert hätte.

Jetzt wolle niemand etwas gewußt haben, und alle wollesterten im Lügen. Sogar Herr Stadtrat Neuendorff spiele sich als Reinger auf, nachdem er ihn zweimal zu sich in die Wohnung bestellt hätte, um mit ihm zu bereben, wie er an den Grundstückskäufen in der Kommandantenstraße etwas verdienen könnte, nachdem er ihn um Finanzierung seiner Patente gebeten hätte usw.

Berichterstatter Koennede hält dem Zeugen aus den verschiedenen Beiträgen vor, daß die Sklarefs selbst bei Bewährung neuer Vorteile auf die Geldentziehung des angeklagten alten Schadens verzichtet hätten.

Willi Sklaref bleibt dabei, daß das alles Scheinverträge gewesen seien und daß daneben weitgehende mündliche Zusicherungen des Magistrats gingen.

Berichterstatter: Warum haben Sie, Sie, sich das als tüchtiger Kaufmann nicht schriftlich geben lassen?

Willi Sklaref: Man ist leicht geneigt, dem Magistrat der Stadt Berlin zu glauben, bis man durch die Ereignisse eines Besseren belehrt wird.

Berichterstatter Koennede: Wer war der Magistrat? Wollen Sie uns nicht die Namen der Herren nennen?

Willi Sklaref: Die habe ich mir für die Hauptverhandlung auf Oberjustizrat Dahm vom preussischen Justizministerium bittet, die Vernehmung abzubrechen, da ihre Fortführung den Fortgang der Strafuntersuchung gefährde.

In geheimer Sitzung wird beschlossen, diesen Antrag stattzugeben und auf die weitere Vernehmung der Bruder Sklaref zu verzichten. Diese geheime Sitzung war wieder einmal ein

### Musterbeispiel kommunistischer Demagogie und Unehrlichkeit.

Die Sozialdemokraten wünschten an Willi Sklaref noch ein paar Fragen zu stellen, die sich auf die Angaben Brolats über seine Beziehungen zu den Sklarefs bezogen; sie erklärten sich aber bereit, darauf zu verzichten, obwohl dieses Thema mit der strafrechtlichen Verfolgung gar nichts zu tun hat, weil der Ausschuss offenbar nicht geneigt war, noch einmal in diese Erörterungen einzutreten, die schließlich bloß für eine gewisse Sensationspresse von besonderer Bedeutung sind. In diesem Augenblick schlug der kommunistische Abgeordnete Obuch, der als erstes Mitglied des Ausschusses den Vorschlag gemacht hatte, Willi Sklaref nicht weiter zu hören, vor, trotzdem Leo und Ray Sklaref zu vernehmen, weil man vielleicht von ihnen noch etwas Nützliches erfahren könnte. Der Zweck der Werbung war so deutlich, daß ihn ein Blinder mit dem Stock fühlen konnte. Die Sozialdemokraten erklärten daher, daß sie für den gänzlich sinnlosen Antrag Obuch stimmen würden; sie hätten es satt, sich grundlos beschimpfen zu lassen.

Der Antrag Obuch wurde dann gegen die Stimmen von Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Es gibt offenbar außer dem Stadtrat Neuendorff noch manche merkwürdige Bekämpfer der Korruption!

**Auffladen-Stadler.** Die Strafkammer Halle verhandelte als Berufungsinstanz gegen den Schriftsteller und Verleger Dr. Stadler, der gelegentlich einer Landdunberversammlung in Delitzsch die Staatsordnung mit einem Aufstaden verglichen hat und deshalb zu 300 R. Geldstrafe verurteilt wurde. Das Gericht hielt das Urteil der Berufung aufrecht.

# Der Sejm für den Präsidenten.

Drohungen der Minister.

Warschau, 6. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Sejm wurde als erster Punkt ein Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den Sejmarschall Daszynski behandelt. Der Antrag wurde in Abwesenheit des Regierungsblochs, der die Vorgänge vom 31. Oktober von einer Sonderkommission untersucht haben möchte, vom gesamte Hause abgelehnt und Daszynski eine Exonation bewilligt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, dem Mißtrauensantrag der sechs Links- und Zentrumsgruppen gegen die Regierung, versuchte Finanzminister Matuzewski die Oppositionsredner vom Freitag zu widerlegen. In der Diskussion griff der ehemalige Sozialist und gegenwärtige Regierungsanhänger Bonczek die Sozialisten an, weil sie sich von ausländischen Sozialisten in ihrem innerpolitischen Kampf unterstützen ließen. Er verglich die polnischen Sozialisten mit der räterödischen Tarnowitzer Konföderation, die seinerzeit mit den Hochbarländern über die Teilung Polens verhandelt habe!

Ministerpräsident Smittalski führte als Argument gegen den Mißtrauensantrag die „Unfähigkeit“ der Opposition an, die Regierung zu übernehmen. Außerdem könne auch die Macht Piłsudskis nicht ohne weiteres übertragen werden. Mit erheblicher Stimme „warnte“ Smittalski die Sozialisten des Auslandes vor einer Einmischung in die innenpolitischen Angelegenheiten Polens, auch im Interesse der polnischen Sozialisten. (Ankündigung von Repressalien!)

Die Regierung drucke nicht daran, die Presse- und Versammlungsfreiheit in vollem Umfange wieder herzustellen.

Handelsminister Kwiatkowski sagte, daß das gegenwärtige Regierungssystem entgegen allen Beschlüssen bestehen bleiben werde. Justizminister Car erklärte zu der von der Rechten aufgenommenen Affäre des verschundenen Generals Zagorski, daß er den Staatsanwalt beauftragen werde, den betreffenden nationaldemokratischen Parlamentarier (d. i. der langjährige Sejmarschall Dr. Trampolinski) in dieser Angelegenheit zu vernehmen oder gegen ihn vorzugehen, falls seine Aussagen sich als falsch erweisen sollten.

Der Innenminister Skadkowski beschuldigte verschiedene Oppositionsabgeordnete ehrenrühriger Taten.

um auf diese Weise das brutale Vorgehen der Polizei zu rechtfertigen! Leidenschaftliche Proteste brausen durch den Saal.

Wie es scheint, beabsichtigen die Regierung und ihre Anhänger, die Debatte über den Mißtrauensantrag möglichst lange durch Diskussionsreden hinauszuziehen.

# Der Friedensschluß in Wien.

Heute Verabschiedung.

Wien, 6. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Verfassungsausschuß hat die Verfassungsreform in der Fassung des Unterausschusses angenommen.

In der Debatte erklärte Dr. Danneberg (Soz.), daß die Sozialdemokraten gegen die ursprüngliche Vorlage den schärfsten Kampf führen mußten, weil darin Bestimmungen enthalten waren, die im Widerspruch zu den Forderungen der Demokratie standen und einen Anschlag gegen die politische Stellung der Arbeiterklasse bedeuteten. Die Vorlage, wie sie in den Verhandlungen gestaltet wurde, ist zwar keineswegs befriedigend, immerhin aber enthält sie nichts, was vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus als gefährlich bezeichnet werden kann. Bedauerlich ist, daß es nicht gelungen ist, zu einem Einverständnis über die Fragen der unmittelbaren Demokratie zu kommen.

Am Sonnabend wird der Nationalrat über die Verfassung beraten und voraussichtlich noch am gleichen Tage das Gesetz erließen.

# China: Diktatur schwankt.

Tschiangkai-schek will dem Sturz entfliehen.

Tokio über London, 6. Dezember. (Eigenbericht.)

Tschiangkai-schek hat dem Nationalrat mitgeteilt, daß er zurückzutreten beabsichtige. Seine Regierungsmethoden haben die Stimmung gegen den Diktator schon seit längerer Zeit verschärft. Sein Rücktritt wird daher nicht als erstaunlich angesehen.

Wie der europäische Vertreter des zentralen Exekutivkomitees der Kuomintangpartei dem „Daily Herald“ mitteilt, ist mit dem Sturz der Kiang-Regierung in jedem Augenblick zu rechnen. Eine mehr Links gerichtete Regierung scheint wahrscheinlich, die alle die Press- und Versammlungsfreiheit einschränkende Erlasse und die anderen Gewaltmaßnahmen der Kiang-Regierung aufheben würde.

# Risoff-Protokoll gebilligt.

Moskau über Tokio, 6. Dezember.

Kanting hat das Protokoll über die Vereinbarung gebilligt, die in Risoff zwischen den Delegierten Sowjetrußlands und der Mandchurie zur Regelung des Ostbahnschluffs erzielt wurde.

# Die Arbeiterpartei wieder einig.

Der Arbeitslosenkonflikt beigelegt.

London, 6. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Fraktionsstimmung der Arbeiterpartei hat beschloffen, alles zu tun, damit die geplante Arbeitslosenunterstützung noch vor Weihnachten Gesetzform erhält. Es ist anzunehmen, daß eine Reihe Ergänzungs- und Änderungsanträge, die von Gewerkschaften der Labour Party beantragt worden sind — Reduzierung der Wartezeit von 6 auf 3 Tage — zurückgezogen werden. Schatzkanzler Snowden erklärte, daß die Staatskasse größere Beiträge als die vorgeschlagenen nicht leisten kann. Der gegenwärtig vorgesehene Beitrag des Staates sei der größte, den der Staat jemals für Arbeitslosenunterstützung gewährt habe. Im nächsten Jahre stehen neue parlamentarische Kämpfe über dieses Problem bevor. Die Regierung wird Anträge einbringen, die u. a. eine klare Scheidung zwischen der Arbeitslosenversicherung und den Staatsmaßnahmen zur Unterstützung der Arbeitslosen bewirken.

# Kluge Voraussicht.



Schacht: „Hier werden sie, scheint es, bald einen neuen Diktator brauchen. Zur Sicherheit werde ich meine Karte abgeben!“

# Diskussion über Koalitionspolitik.

Unter den französischen Sozialisten.

Paris, 6. Dezember. (Eigenbericht.)

Das sozialistische „Populaire“ hat am Freitag eine Sonderausgabe zur Vorbereitung des Januar-Parteitag veröffentlicht.

Im Leitartikel dieser Nummer gibt

Léon Blum

nach einmal einen historischen Ueberblick über die bisherige Haltung der Partei. Dabei verwahrt er sich vor allem dagegen, daß man die große Gestalt Jaurès ständig als Kronzeugen für die Beteiligung heranziehe. Jaurès habe niemals den negativen Entscheid des Parteitag, der jede ministerielle Beteiligung verbieten habe, trüffelt. Auch von dem Wort des Reichstagslers Müller, daß, wenn Jaurès im Jahre 1914 in der Regierung gefesselt hätte, der Krieg nicht ausgebrochen würde, mache man einen falschen Gebrauch. Müller habe damit nicht sagen wollen und können, daß die französische Regierung durch Taten oder Unterlassungen den Kriegsausbruch beschleunigt habe, denn das hieße Frankreich direkt an dem Kriegsausbruch schuldig erklären.

Léon Blum betont sodann, daß die Parteidoktrin die Beteiligung an der Regierung „nur in außergewöhnlichen Fällen zulasse. Ein solcher Fall aber sei bei dem „offenen und ehrenvollen“ Angebot des radikalen Parteiführers Daladier während der letzten Krise nicht gegeben gewesen. Gewiß habe Daladier eine gleichmäßige Teilung der wichtigsten Ministerposten zwischen Radikalen und Sozialisten angeboten. Vorher aber habe er die beiden Hauptposten, Ministerpräsidentenschaft und Außenministerium für sich selbst und Briand mit Beschlag belegt. Wenn man auf den Antrag Daladiers eingegangen wäre, hätte man aus der Regierungsbeteiligung nicht eine Ausnahme, sondern eine Gewohnheit gemacht. Die sozialistische Partei sei aber mehr als eine rein parlamentarische Partei. Sie hätte ihren tiefsten Daseinszweck,

ihren Klassenkampfcharakter, ihre revolutionäre Aufgaben verrichten,

wenn sie sich „sozialen bürgerlich zahn“ mit den Radikalen auf eine Regierungsbank gesetzt hätte. In diesem Falle wäre es logischer gewesen, sich gleich mit den Radikalen zu fusionieren.

In scharfem Gegensatz zu den ausgesprochenen sachlichen, bewußt doktrinierten Ausführungen Léon Blums steht ein rein polemischer Artikel des Parteiführers von

Paul Faure.

Jaurès geht soweit zu erklären, daß „niemand in der Partei das Angebot Daladiers ernst genommen habe“. Man habe lediglich darüber diskutiert, „wie man am besten mit ihm brechen könne“. Daladier habe den Sozialisten lediglich eine Falle gestellt. Niemand werde man in der augenblicklichen Kammer eine Einknirschheit finden. Von einer Beteiligung an der Regierungsbank habe unter solchen Umständen keine Rede sein können.

Als Sprecher der entgegengesetzten Richtung tritt in erster Linie der Abgeordnete

Paul Boucour

auf. Der Parteitag solle über ein vollkommen veraltetes Thema diskutieren, beginnt er seine Ausführungen. Es handele sich gar nicht mehr um die „Beteiligung“, es handele sich heute schon um die „Teilung“ der Regierung. Es gehe daher nicht an, daß man die lebende Tätigkeit der Partei

„unter dem Grabstein der Entschliefungen

begebe“. Vor der neuen Situation, von der Teilung der Regierung unter den beiden mächtigsten Linksparteien in Frankreich brauche man neue Richtlinien, eine neue Taktik, einen neuen Geist. „Sollte eine revolutionäre Partei sich fürchten, sich selbst zu revolutionieren?“ Wenn man die Teilung nicht wolle, wolle man dann etwa die Regierung ganz allein an sich reißen? Niemand in der Partei habe bisher diesen „unehrlichen, nur von den Kommunisten propagierten Bluff“ angeraten. Man dürfe sich aber nicht hinter eine unfruchtbare Negation verschangen und in trauriger Resignation abmarken. Die radikale Partei, die sich auf eine breite, kleinbürgerliche Schicht stütze, werde so schnell von der sozialistischen Partei nicht aufgelöst werden

können. Das Proletariat aber, das seine Not täglich auf den Nägel brennen fühle, könne nicht warten. Es verlange heute schon Taten zu sehen.

Die französische Partei führt gegenwärtig eine Diskussion über eine Streitfrage, die in fast allen Parteien der Internationale längst entschieden ist. Bei aller Sympathie, die wir dem mutigen und hochbegabten Führer der Parlamentsfraktion Léon Blum entgegenbringen, muß aber doch gesagt werden, daß seine doktrinierten Argumente zum schärfsten Widerspruch herausfordern, insbesondere dort, wo er generell unterstellt, daß der Sozialismus durch Koalitionspolitik „seinen tiefsten Daseinszweck, seinen Klassenkampfcharakter, seine revolutionären Aufgaben verrate“. Hat sich Genosse Léon Blum überlegt, daß diese Argumentation eine zwar nicht beabsichtigte, aber objektive Beleidigung der meisten übrigen Parteien der Internationale enthält? Nur die Gewißheit, daß heutzutage überhaupt niemand mehr in der deutschen Sozialdemokratie, auch wenn er sich zum Problem der Koalitionspolitik noch so kritisch verhält, mit solchen längst überholten Redensarten operiert, entbindet uns der Notwendigkeit einer schärferen Zurückweisung. Vielleicht wäre die Stellung unserer führenden Genossen in Frankreich zu allen diesen Fragen eine andere, wenn sie auch nur annähernd in gleichem Maße wie die deutsche Sozialdemokratie überragend eine Arbeiterpartei wären. Darin liegt wohl auch der Schlüssel zu der recht sonderbaren Bemerkung Blums, daß es logischer wäre, sich mit den Radikalen zu verschmelzen, als sich mit ihnen bloß auf eine Regierungsbank zu setzen. Auf diese „Logik“ ist jedenfalls weder in Deutschland, noch in Belgien, noch in Dänemark, noch in der Tschechoslowakei, noch in der Schweiz usw. jemals ein Sozialdemokrat gekommen.

Blum spielt ferner auf eine Äußerung des Genossen Hermann Müller an, die namentlich von Pierre Renaudel in letzter Zeit wiederholt zitiert worden ist. Es handelt sich um die letzten Sätze der Rede Müllers auf dem Magdeburger Parteitag. Sie lauten wörtlich:

„Krieg entsteht nicht von heute auf morgen. Krieg rechtzeitig zu verhindern, ist Aufgabe der Politik. Vielleicht wäre der Weltkrieg von 1914 nicht ausgebrochen, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt gewesen wären: wenn erstens der Beschluß des internationalen Kongresses von Amsterdam Jaurès nicht verhindert hätte, in die französische Regierung zu gehen, und wenn zweitens der Obdriftsstaat in Deutschland nicht die deutsche Sozialdemokratie verhindert hätte, in die Regierung zu gehen. (Beifall.)“

Parteilgenossen! Wenn Sie in Zukunft Kriege verhindern wollen, werden Sie die Kriege nicht dadurch verhindern, daß Sie dauernd die bürgerlichen Parteien allein regieren lassen, sondern indem Sie den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Politik, insbesondere auf die Friedenspolitik, soviel als möglich sichern.“ (Beifall.)

Der Sinn dieses Ausspruchs ist ganz eindeutig und es will scheinen, daß Renaudel durchaus berechtigt ist, sich für die Propagierung seiner Auffassung auf ihn zu berufen. Eine Aufrollung der Kriegsschuldfrage als solcher hat Hermann Müller damit bestimmt nicht beabsichtigt. Aber will Léon Blum bei dieser Gelegenheit etwa bestreiten, daß die französische Politik, namentlich zwischen 1912 und 1914 eine ganz andere gewesen wäre, wenn sie weniger unter dem Einfluß von Poincaré und mehr unter dem Einfluß von Jaurès gestanden hätte, und daß dann die Aussichten des Kriegsausbruches wesentlich geringer gewesen wären?

Die Auseinandersetzung mit den überraschenden Behauptungen des Genossen Faure über das Angebot Daladiers können wir unseren französischen Genossen überlassen. Sonderbar ist freilich, daß die sozialistische Kammerfraktion einstimmig Daladier ihren Dank für sein Angebot und seine Bemühungen ausgesprochen hat. Dankagung für eine „Falle“ — und obendrein nachträgliches Angebot der Unterstützung von außen — soll das die neueste Form sein, in der man den „reinen Klassenkampf“ führt und „revolutionäre Aufgaben“ erfüllt?

# Bankrott der Scharfmacher.

## Unternehmerbolschewismus in der Praxis.

Der Deutsche Textilarbeiterverband hat die Ausperrung in der schlesischen Textilindustrie im Frühjahr dieses Jahres in einer längeren Abhandlung (sozusagen aktenmäßig dargestellt und in Broschürenform (Preis 2 M.) erscheinen lassen. Der Zweck der Darstellung ist neben der Beleuchtung der überaus widerspruchsvollen Haltung der Arbeitgeber vor allem die Klarlegung der gewerkschaftspolitischen Bedeutung der Ausperrung.

Der organische Zusammenschluß der Unternehmerverbände, der nach der Inflation immer stärker einsetzt, hatte, wie im Vorwort der Broschüre hervorgehoben wird, eine völlige Umstellung der Textilarbeiterverbände in der Führung ihrer Lohn- und Tarifbewegungen zur Folge. Die früher von den einzelnen Arbeitgeberverbänden bezüglich selbstständig geführten Lohn- und Tarifbewegungen wurden in den letzten Jahren nur noch unter zentraler Leitung begonnen und durchgeführt. Dazu kam die sogenannte „Notgemeinschaft“, d. h. der zentrale Streikfonds der Textilunternehmer. Heute erstreckt sich die Tätigkeit der Spitzenorganisation bereits auf die Führung zentraler schwarzer Listen.

Dieser Prozeß konnte aber nichts daran ändern, daß die inneren wirtschaftlichen Interessengegenstände der einzelnen Textilunternehmer sowie der einzelnen Unternehmerverbände bestehen bleiben. Es fand bereits die von der Spitzenorganisation angeordnete Ausperrung in Düren und München-Gladbach — von der außerdem Passade abgesehen — seine inneren einseitige Arbeitgeberfront. Ähnlich stand es bei der Ausperrung im sächsisch-

thüringischen Bezirk. Die von der Spitzenorganisation angeordnete Sympathieausperrung in der Lausitz führte zur Spaltung des dortigen Arbeitgeberverbandes, da ein Teil der Unternehmer den Ausperrungswahnsinn der Spitze nicht mitmachen wollte. Auch die schlesische Ausperrung war eine Folge des Machtbünkels der Spitzenorganisation der Unternehmer und mußte infolgedessen zusammentreten.

Dieser Unternehmerbolschewismus der „Kampferbreiterung“ ist ja nicht auf die Textilindustrie beschränkt geblieben. Besonders in der Schwerindustrie bildeten die Unternehmer sich ein, mit Massenauusperrungen, wie im Herbst des Vorjahres im Ruhrgebiet, die Gewerkschaften schachtmatt zu legen. Aber abgesehen davon, daß bei solchen Massenillustungen die Unternehmer mindestens ebensoviel riskierten wie die Gewerkschaften, greift heute die Staatsmacht in solchen Fällen ein, und zwar nicht zugunsten der Unternehmer. Daher auch das Gesehrei der Unternehmer gegen den staatlichen „Schlichtungszwang“.

Dieses Gesehrei wird erst eine gewisse Ueberzeugungskraft gewinnen, sobald die Unternehmer selbst 1. auf die Anrufung der Schlichtungsinstanzen in jedem Fall verzichten werden und 2. es stets unterlassen werden, die Verbindlichkeit eines ihnen angenehmen Schiedsprüches zu beantragen. Aber gegen den „Schlichtungszwang“ schreien und ihn selbst in Anspruch nehmen, sind unvereinbare Gegenstände. Die Broschüre des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat das Verdienst, den Bankrott der Scharfmacher ins rechte Licht zu rücken.

## Unternehmer gegen Reichstag.

### Sozialpolitik für Großverdiener.

Die Spitzenverbände der Arbeiterorganisationen veröffentlichen, veranlaßt durch die Nachricht, daß der Reichsarbeitsminister eine Vorlage vorbereitet, monach zur Beseitigung des Defizits in der Reichsanstalt eine Heraushebung der Beiträge um 1/2 Proz. beabsichtigt sei, eine gemeinschaftliche Kundgebung. Die Erklärung beziffert für die kritischen Monate Januar bis März die Mehreinnahmen aus der jetzt vorgeschlagenen Beitragserhöhung auf höchstens 50 Millionen Mark. Es bleibe demgegenüber immer noch ein ungedeckter Mehrbedarf von etwa 250 Millionen Mark. Außerdem liege noch aus früherer Zeit eine Schuldenlast der Reichsanstalt von 350 Millionen Mark dem Reich gegenüber vor. Die Erklärung erinnert daran, daß die Arbeitgeberverbände immer wieder gedrängt hätten, rechtzeitig, d. h. vor Jahresfrist, eine „Sanierung“ der Reichsanstalt im Interesse der Erhaltung ihrer „notwendigen“ Leistungen, wie sie die Unternehmer aufstellen, durchzuführen. Mit um so größerem Recht und Nachdruck müßten sie sich aber bei dieser Sachlage schon jetzt dagegen verwahren, daß auf einem Einzelgebiet erhöhte Leistungen verlangt werden sollen, die im wirtschaftlichen Ergebnis einer Steuererhöhung zu Lasten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich kämen.

Die Unternehmerverbände wollen dem Reichstag ihren Willen aufzwingen, die Unterstellungen der Arbeitslosenversicherung noch mehr abzubauen, die Anwartschaften zu verlängern usw.

Wer trägt die Schuld an der großen Arbeitslosigkeit? Die „Wirtschaft“ blüht und gedeiht. Daß die Soziallasten die Konjunkturfähigkeit nicht bedrohen, dafür zeugt die wachsende Ausfuhr der Fertigfabrikate.

Die Rationalisierung, verbunden mit der infolge niedriger Löhne mangelnden Kaufkraft, schließlich die ungenutzte der gesteigerten Produktivität dies zu lange Arbeitszeit sind die Ursachen der ungeheuren Arbeitslosigkeit. Es ist also die Schuld der Unternehmer, wenn die Reichsanstalt mit den Beiträgen nicht auskommt. Mögen die Unternehmer, wenn sie die Soziallasten verringern wollen, die Arbeitszeit verkürzen und die Löhne erhöhen! Rationalisieren auf Kosten der Arbeiter, den Arbeitslosen dann auch noch die fargen Unterstellungen beschneiden, das ist eine „Sozialpolitik“ zugunsten der Großverdiener.

## Wie sich die KPD. die Arbeiter vorstellt.

### Und was sie ihnen zumutet.

Die KPD. verbreitet durch ihre „Zellen“ sogenannte „Betriebszeitungen“, die in dem Geist und Ton gehalten sind, auf den Moskauer die deutsche Arbeiterklasse herabzusehen möchte. Oft bekommen wir diese Sudelblätter von entristeten Arbeitern zugesandt, mit dem Ersuchen, die Arbeiterschaft gegen diese Schmierereien in Schutz zu nehmen. Es gibt ein Niveau, unter das man nicht heruntersteigen darf.

Ausnahmsweise geben wir heute eine kleine Kostprobe. Da gibt es einen sogenannten „Arbeit-Prolet“, für den allerdings nicht einmal ein durch die Immunität geschützter kommunistischer Abgeordneter verantwortlich zu zeichnen wagt. Am Kopf der Sudelchrift steht: „Verantwort: der nächste jern wissen.“ Der oder die Freigänge, die nicht einmal für ihre Schmierereien gerade stehen, schreiben aber, nachdem sie in der bekannten Weise Urteilslosen vorzuschwindeln versuchen, der „Vorwärts“ habe die kommunistischen Wähler so beschimpft, wie die kommunistische Presse tagtäglich Sozialdemokraten beschimpft.

„Also nun bin zur „Vorwärtsredaktion“ und hole euch die Belohnung. Wir raten euch aber, nehmt euch einen anständigen Knäppel mit. Rann kam nie Bissen. Denn Arbeiter sind in der „Vorwärtsredaktion“ seltenheit.“

Natürlich denkt niemand im Karl-Liebknecht-Haus, wo die

Sudelerei hergestellt wurde, daran, auf die von uns ausgesetzte Belohnung Anspruch zu erheben. Andere zu Gewalttaten aufheizen, das ist „bolschewistische Art“.

Wie niedrig man in der KPD. die Arbeiter einschätzt, dafür zeugt auch das besondere „Deutsch“ der Sudelerei. Genau so wurden unter dem Sozialistengesetz die Arbeiter von ihren Feinden dargestellt: als halbe Anaprobeten und Rowdys. Heute die Arbeiter noch so verächtlich zu machen, das wagt man nur noch in der KPD.

## Winterbeihilfe in Braunschweig.

### Für Sozialrentner und Ausgesteuerte.

Der Braunschweigische Landtag hat auch in diesem Jahr wieder eine Winterbeihilfe für die in ergänzender Fürsorge stehenden Sozialrentner, Kleinrentner und Ausgesteuerte beschlossen. Es werden für den Hauptunterstützungsempfänger 15 M., für die Ehefrau 10 und für jedes Kind 7 M. gezahlt. Die Beihilfe kommt nach vor Weihnachten zur Auszahlung. In den Genuss dieser Unterstützung kommen etwa 15 000 Hauptunterstützungsempfänger, 5000 Frauen und 3000 Kinder. Die Hilfsaktion kostet rund 300 000 M.

Die sozialistische braunschweigische Regierung hat mit ihrer Winterbeihilfe gezeigt, daß sie bestrebt ist, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten das Glend der Notleidenden nach Kräften zu mildern.

## Am Mittwoch hat's geregnet.

### Die Revolutionierung mußte vertagt werden.

Bei der Firma Richard Bosse, Wiener Straße, Telephonfabrik, sollte die Revolution ebenfalls einsetzen. Am Mittwoch, dem 4. Dezember, wurden Einladungen verteilt von der revolutionären Opposition zu einer revolutionären Versammlung am gleichen Tage. Wir haben festgestellt, daß von der etwa 600 Personen starken Belegschaft zwei Prozent anwesend waren.

## Sozialpolitik in Frankreich.

### Krankenversicherung wird endlich eingeführt.

Paris, 6. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Entscheidungsschlacht um das neue große Sozialversicherungs-gesetz in Frankreich hat begonnen. Arbeitsminister Loucheur hat den ersten Schuß getan. Er hat vor der Sozialkommission des Senats einen ausführlichen Vortrag gehalten über die „Berichtigungs-Novelle“, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes noch genehmigt werden muß. Er hat damit gleich einen derartigen Erfolg zu verzeichnen gehabt, daß die Durchbringung des Gesetzes wenigstens im Senat gesichert zu sein scheint.

Entgegen seinen früheren Änderungsanträgen hat Loucheur vorgeschlagen, daß gleich vom ersten Tage an die Beitragsleistungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Versicherung auf einen endgültigen Satz von je 4 Proz. festgesetzt werden, daß also jede Uebergangsstufung in Fortfall kommt. Weiter sollen, um allzu große Erhebungen und Kontrollen zu vermeiden, nicht die genauen Lohnbeiträge als Grundlage für die Beitragsleistung angenommen werden.

Die Beiträge werden vielmehr nach fünf Kategorien gestaffelt, und zwar für Lohnneinkommen 1. bis 15 Franken, 2. bis 20 Franken, 3. bis 30 Franken, 4. bis 35 Franken und 5. bis 40 Franken pro Tag (1 Franc = 16 Pf.). Jeder Versicherte erhält ein Buch ausgehändigt, worin die Beitragsmarken einzukleben sind.

Trotzdem Loucheur die Anfangszahl der Versicherten auf mindestens 1,2 Millionen schätzte, erklärte er sich bereit, auf die Einrichtung besonderer Provinzialversicherungsämter zu verzichten. Gegen diese Provinzialämter hätte sich eine schwere Opposition geltend gemacht, weil für sie kostspielige Verwaltungsgebäude

hätten angekauft werden müssen. Die nötigen Kontrollorgane in den Provinzen sollen jeweils in der Präfektur untergebracht werden.

Weiter berichtete Loucheur, daß er sich in direkten Verhandlungen mit der Ärzteschaft völlig geeinigt habe. Auf die Schaffung amtlicher Krankenkassenärzte werde verzichtet, dazu aber sei noch vereinbart worden, daß jeder Kranke sich seinen Arzt nach Belieben auswählen und der Arzt seine Rechnung ebenfalls ohne Rücksicht auf irgendwelche amtlichen Tarife festsetzen dürfe. Uebersteige aber die Arztrechnung den von der Kasse festgesetzten Normaltag, dann müsse der Kranke die Differenz tragen. Selbstverständlich müßten sich Arzt und Patient bei Beginn der Behandlung über die Honorarfähigkeit einigen. Im Falle von Konflikten entscheide ein Schiedsgericht, in dem der Vorstand der Versicherungsorganisation und der Vorstand der Ärztekammer paritätisch vertreten seien.

Zum Schluß gab der Minister der Hoffnung Ausdruck, daß das Gesetz mit den neuen Abänderungen ohne weitere Schwierigkeiten von dem Parlament genehmigt werde. Es sei Ehrenpflicht des Parlaments, die Reform pünktlich am 5. Februar 1930 in Kraft zu setzen. Es gehe nicht an, daß man diese humanitäre Reform, die das Parlament kurz vor den Wahlen der Arbeitnehmerschaft einstimmig gewährt habe, nachträglich wieder zerklage.

## Die benachteiligten Landarbeiter.

### Sie werden um einen Teil der Unfallrente betrogen.

Der Deutsche Landarbeiterverband hat zur Beseitigung des Unrechtes, das seit Jahr und Tag gegenüber den Landarbeitern bei der Berechnung der Unfallrenten verübt wird, einen neuen Vorstoß unternommen. Er macht Regierung und Reichstag darauf aufmerksam, daß sie dieses Unrecht nicht länger dulden dürfen. Das Unrecht liegt darin, daß bei den gewerblichen und industriellen Arbeitern die Berechnung der Unfallrenten unter Zugrundelegung des Entgelts erfolgt, das sie während des letzten Jahres bezogen haben.

Anders bei den Land- und Forstarbeitern. Bei ihnen kommt als Berechnungsgrundlage nicht der tatsächliche Verdienst, sondern ein sogenannter durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst in Anschlag, der beträchtlich unter dem wirklichen Verdienst liegt. Die Differenz beträgt in Ostpreußen 277 M., Hannover 112, Brandenburg 282, Provinz Sachsen 134, Mecklenburg-Schwerin 276, Schleswig-Holstein 133 und in Pommern 434 M. Dabei ist als Einkommen nur der Barlohn und das Deputat gerechnet; die Mehrerdienste durch Akkordarbeit und die Sondervergünstigungen sind nicht in Anrechnung gebracht.

Je ungünstiger die Berechnungsgrundlage, desto niedriger die Unfallrente. Ein verletzter Landarbeiter, der völlig arbeitsunfähig wurde, erhält z. B. in Pommern heute 540 M. pro Jahr. Würde die Berechnung der Rente unter Zugrundelegung des wirklichen Verdienstes erfolgen, dann käme er auf 830 M. Dem pommerschen Landarbeiter werden also fast 300 M. pro Jahr vorenthalten. In Mecklenburg geben dem arbeitsunfähig gewordenen Landarbeiter pro Jahr 184 M., in Brandenburg 178 und in Oberbayern 224 M. verloren.

Regierung und Reichstag müssen diesem groben Unfug ein Ende machen.

## Kolonialkultur.

### Prügelstrafe gegen Arbeiter.

London, 6. Dezember. (Eigenbericht.)

Das neue Gesetz, das das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Transvaal und Natal regeln soll, sieht u. a. vor, daß Ueberretungen der Bestimmungen mit körperlicher Züchtigung bis zu 5 Hieben bestraft werden können. Daneben sind auch andere Strafen vorgesehen.

## Verkehrsfreie in Athen.

Der in der griechischen Hauptstadt angekündigte Verkehrsstreik hat begonnen. Die Regierung hat umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen, so unter anderem das Versammlungsverbot ergehen lassen und starke Polizeieinheiten zusammengezogen. Bisher sind noch keine Zusammenstöße vorgekommen. Auch glaubt die Regierung, dem drohenden Generalstreik gewachsen zu sein.

## Zollbeamtenstreik auf Haiti.

Infolge von Angriffen streikender Zollbeamter ist vom Kommandanten der amerikanischen Marinesoldaten in Haiti der Belagerungszustand über Port-au-Prince verhängt worden. 36 Personen sind im Zusammenhang mit Unruhen während des Streiks von der Polizei, die durch amerikanische Marinesoldaten verstärkt wurde, verhaftet worden.

## Betriebsräte des Einzelverbandes der Eisenbahner Deutschlands.

Der nächste Informationsabend findet schon am Montag, 9. Dezember, 19 Uhr, im Schindler-Schulsaal, Berlin, Friedrichstr. 26a, statt. Wir bitten um Bekanntgabe an die Kollegen. Der Delegationsausch.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Heute, Sonnabend, folgende Veranstaltungen: **Wägen, Sprech- und Besprechungsausschuss** heute um 19 Uhr Probe des Chorwerks für die Winterferienabend im Jugendheim des Deutschen Betriebsbundes, Gewerkschaftshaus, Anhalterstr. 24-26, Aufgang B, part. — **Abend, Rätsel, Rätsel, Sonntag, 8. Dezember, um 9 Uhr, Rätselturnier im Jugendheim des Deutschen Betriebsbundes, Gewerkschaftshaus, Anhalterstr. 24-26, Aufgang B, part.** „Die berufstätigen verheiratete Frau.“ Katerina Marazeta Berlin.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Gust Geiger; Wirtschaftl. G. Alinghölzer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: A. S. Fisher; Politik und Sonstiges: Fritz Rathke; Anzeigen: H. Glöck; Ähnlich in Berlin: Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsgesellschaft Gust Geiger u. Co., Berlin SW 68, Vinckenstr. 2. Blatt 1 Beilage und „Anzeigenteilung und Wiffen“.

WASCHEN SIE FEINE SACHEN IMMER

Drei wichtige Gründe:

- 1 Sie waschen leichter, rascher und schonender.
- 2 Sie reinigen gründlicher und hygienischer.
- 3 Sie haben im Nu eine prächtig schäumende Lauge.

Die führenden Textil-Fabrikanten empfehlen das lauwarme Waschen mit Lux Seifenfloeken.

LAUWARM! MIT

NIEMALS LOSE NUR ECHT IN DEM BLAUEN LUXPAKET

Normalpackung 50 Pfg. Doppelgrosse Packung 90 Pfg.



LUX SEIFENFLOEKEN

SUNLICHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM

# Steht ein Vatermörder vor Gericht?

## Neue Widersprüche im Hirschberger Prozeß. — Die Zeugen sagen aus.

Hirschberg, 6. Dezember. (Eigenbericht.)

Ein eigenartiger Prozeß, der eigenartigste, den man je in einem Gerichtssaal erlebt hat. Ein Mensch steht vor seinen Richtern unter der Anklage der fahrlässigen Tötung. Der Vorsitzende konzentriert seine ganze Fragekunst auf den einen Punkt: Lag nicht etwa Mord vor? Er bemüht sich nicht, den Grad der Fahrlässigkeit festzustellen, nein, er erwägt alle möglichen Motive für einen Vatermord. Er gibt gewissermaßen durch diese Prozeßführung kund, daß der dringende Mordverdacht vorliegt. Weshalb, fragt sich der erstaunte Zuhörer, ist denn nicht eine Anklage auf Mord erhoben worden, und weshalb wird nicht vor dem Schwurgericht, sondern vor dem Schöffengericht verhandelt. Hat man je erlebt, daß ein einfacher Arbeiter wegen Fahrlässigkeit angeklagt wurde, während Mordverdacht vorhanden war. Es wäre im Falle Stolberg noch immer Zeit gewesen, im Gerichtsraum auf Fahrlässigkeit zu erkennen. Natürlich traut die Schwester dem Bruder einen Vatermord nicht zu. Auch sämtliche Angestellten der gräflichen Familie trauen ihm eine derartige Tat nicht zu. Ihre Befundungen fallen aber so gleichmäßig aus, daß der Vorsitzende an den Verwaltungsdirektor Gombert die Frage richtet: Haben Sie sich nicht etwa alle verabredet, eine und dieselbe Aussage zu machen? Gombert, der seinerzeit erklärt hat, die Augen für selbigen geschlossen gewesen, — ein äußerst wichtiger Umstand, da er die Vermutung zuläßt, Christian habe jemand herein gelassen — sagt nur, die Tür sei zwar nicht verschlossen, aber eingeklinkt gewesen. Nach ihm ist nichts mehr von irgendwelchen Motiven, wie Habgier, für einen eventuellen Vatermord wissen. Die Zeugenvernehmung hat aber erst begonnen. Nach sich die Kriminalbeamten nicht zu Wort gekommen. Der Lokaltermin, wie er greifend er auch gewesen sein mag, hat nichts Neues gebracht.

### Die weitere Vernehmung.

Am Hirschberger Prozeß gegen Graf Christian zu Stolberg wurde gestern die Vernehmung des Angeklagten fortgesetzt. Borf.: Was haben Sie nach dem Schuß getan? Angekl.: Lavier lassen und Wächtern, wie ich heute einsehe. Ich bin aus dem Zimmer gelaufen, wahrscheinlich um zu helfen, um Wasser zu holen. Borf.: Sind Sie später nochmals an Ihren Vater herangetreten? Sie haben früher einmal gesagt, Sie hätten ihm die Hand gefaßt und seine Arme umschloß? Angekl. (leise): Das ist unrichtig. Es ist alles so verschwommen. Ich habe mir viel später konstruiert, wie es wohl gekommen ist. Mir kam nach dem Schuß vor allem der Gedanke: Du mußt Hilfe holen. An der Haustür bin ich zusammengebrochen unter der Schreckwirkung. Ich weiß, daß ich schließlich auf den Steinen vor dem Hause lag. Als erstes hörte ich dann, als ich wieder zu mir kam, die Stimme meiner Schwester. Ich hatte ein trodenes Gefühl im Halse. Ich soll auch etwas von Einbrechern gesagt haben. Borf.: Sie sollen gesehen haben: Töchter, hilf mir, zwei Kerle haben mich gemüht. Einbrecher! Man hat geschossen... Angekl.: Davon weiß ich heute nichts. Borf.: Wir wollen nun feststellen, wer die Haustür geöffnet hat, die öfter verschlossen worden war. Sie sind etwa zehnmal vernommen worden, aber jedesmal haben Sie etwas anderes gesagt. Fest steht, daß die Tür, die von der Leutetante ins Freie führt, um 8 Uhr abends geschlossen war. Welche Erklärung geben Sie heute, warum die Tür geöffnet war? Sehen Sie nicht ein, daß diese Tatsache Sie sehr belastet und man sagen kann, Sie haben ganz kühl nach einem wohlüberlegten Plan gehandelt? Angekl. (leise): Ja. Ich wollte abends noch dem Arbeiter Rose,

der unsere Sachen putzt und der mich gefragt hatte, ob er meine Stiefel putzen sollte, meine braunen, langschäftigen Stiefel bringen und öffnete deshalb diese Tür, die in den Hof ging. Borf.: Rose befreit, mit Ihnen darüber gesprochen zu haben. Angekl.: Dann muß es ihm entfallen sein.

Borf.: Wer war mit Ihnen in der Nacht zusammen? Angekl.: Meine Mutter und meine älteste Schwester. Borf.: Und was haben Sie in der Nacht besprochen? Angekl.: Das weiß ich nicht. Borf.: Haben Sie nicht gesagt: Ich habe Vater erschossen? Angekl.: Nein, ich weiß nur, daß ich bei Tagesgrauen aus dem Zimmer gegangen war. Als ich an dem Zimmer des Vaters vorbeikam, hatte ich den Eindruck: Es muß doch jetzt alles aufgeklärt werden. Ich war aber immer noch nicht klar. Ich weiß nur, ich habe Mutter gebeten, mit mir zum Superintendenten zu gehen. Borf.:

Sie sagten vorher, Sie hätten, als Sie nach der Tat aus dem Zimmer flüchten, sehr viel dummes Zeug geredet. Das war alles gar kein dummes Zeug. Ihre Behauptungen sollten vielmehr in klarer Weise dazu dienen, den Verdacht von Ihnen abzulenken.

Damit war die Vernehmung des Angeklagten beendet und der Vorsitzende eröffnete die Beweisannahme mit der Frau v. Ohnesorge, der Schwester Antonie des Angeklagten, die der Vorsitzende sehr ernst ermahnte, die volle Wahrheit zu sagen. Die Zeugin schilderte zunächst den Verlauf des 18. März und die Unterhaltung nach dem Abendbrot im Wohnzimmer. Man habe über das Buch: „Am Werken nichts Neues“ gesprochen. Die Stimmung war wie immer sehr gemüht. Borf.: Gemüht war es doch wohl erst, seit Onkel Karl aus dem Hause war. Was weiter? Zeugin: Um 10 Uhr ging ich schlafen und las noch etwas. Gegen 11 Uhr hörte ich ein dumpfes Geräusch. Ich hörte noch einen Moment und hörte, daß die Haustür aufgerissen wurde. Da eilte ich ans Fenster meines Zimmers im ersten Stock und sah im Mondlicht meinen Bruder auf der Erde liegen. Die Zeugin beginnt hier hallos zu meinen. Borf.: Haben Sie Ihrer Mutter nicht Ihren Verdacht bezüglich des Bruders mitgeteilt? Zeugin (weinend): Ich brachte Mutter zu dem Gärtner Stiefel und wir hielten Christian ins Haus. Borf.: Hat er unterwegs nicht gesagt: Die verfluchten Hunde, das ist der Dank, jetzt haben sie ihn umgebracht? Zeugin: Das habe ich nicht gehört. Mutter und ich brachten Christian in mein Zimmer und legten ihn in mein Bett. Er bekam Herzangriffe, doch wir dachten, es wäre vorbei mit ihm. Borf.: Hat Ihr Bruder angedeutet, daß er den Vater getötet habe? Zeugin: Nein. Borf.: In dieser Nacht haben Ihre Mutter und Sie Briefe verbrannt. Zeugin: Ich nicht, ob Mutter das getan hat, weiß ich nicht. Borf.: Sie haben ein schlechtes Gedächtnis, Sie haben früher gesagt, Ihre Mutter habe Briefe verbrannt, warum tat sie das? Zeugin: Die Frage ist für mich zu schwer.

Borf. (sehr eindringlich): Ihre Mutter hatte doch Beziehungen zu Onkel Karl, haben Sie, Ihre Mutter und Ihr Bruder nicht in der Nacht beschloffen, das Mädchen von den Einbrechern weitzuzuspinnen?

Borf.: Ist es nicht denkbar, daß Ihre Mutter Ihren Bruder angeklagt hat. Denken Sie an Onkel Karl. Zeugin: Nein, die Eltern lebten jetzt ganz gut. Borf.: Oder hat der Bruder den Gedanken gehabt, der alte Mann ist überflüssig und steht

Mutter im Wege. Er paßt auch nicht mit seiner Leutseligkeit zum Fideikommissbesitzer. Dachte man vielleicht so in der Familie? Zeugin: Solche Gedanken lehne ich ab. Staatsanwalt: Ihre Mutter hat mir über das Verhältnis zu ihrem Mann bemerkt die Unwahrheit gesagt. Ich habe festgestellt, daß in dem Zimmer Ihres Vaters eine Schmutzwirtschaft erster Güte herrschte. Die Betten waren seit Monaten nicht bezogen. Räumerte sich Ihre Mutter gar nicht um Ihren Vater? Zeugin: Vater war am liebsten allein. Borf. (zum Angeklagten): Haben Sie, Angeklagter, nicht am Morgen nach der Tat dem Landrot mitgeteilt, daß Ihr Vater einem ungeklärten Unglücksfall zum Opfer gefallen sei? Angekl.: Ja wohl. Borf.: Aus welchem Grunde sprachen Sie von einem „Unglück“. Angekl.: Den Leo hatte mir meine Mutter gegeben. (Große Bewegung.)

Nach der Mittagspause wurde die Frau des Gärtners auf Schloß Jannowitz, Waltera Stiefel, vernommen, zu der der Angeklagte nach der Tat mit dem Ruf geführt war: „Hilfe, Hilfe, Einbrecher!“ In der Wohnung der Zeugin ist der Angeklagte, den die Zeugin für betrunken hielt, ohnmächtig geworden. Beim Betreten der Wohnung wies er darauf hin, daß seine Kleidung zerissen war. Borf.: Glauben Sie, daß der Angeklagte seinen Vater ermordet hat? Zeugin: Ausgeschlossen.

Der Gutshofbesitzer Müller erklärte, daß der Angeklagte, als er nach der Tat aus der Stiefelschen Wohnung gekommen sei, gesagt habe: Die verfluchten Hunde, der Graf hat doch niemandem etwas getan, nun haben sie ihn doch erschossen. Des weitern meinte der Zeuge, daß er dem Angeklagten, der immer friedlich und ruhig gewesen sei, keinen Mord, geschweige einen Vatermord zutraue. Unter allgemeiner Spannung wurde dann Güterdirektor Gombert, der Leiter der Stöbererschen Besitzungen vernommen. Der Zeuge wohnt in dem Schloß und hörte am 18. März, abends 10<sup>1/2</sup> Uhr, Hilferufe. Kurz darauf habe Fräulein Stiefel ihm gemeldet, daß in der Wohnung ihrer Eltern der Graf Christian im Sterben liege und daß er noch etwas sagen wolle. Der Zeuge eilte zunächst ins Rentamt und fand Graf Eberhard tot auf dem Sofa liegen. Dann habe er die Türen abriegelt, um für eine Untersuchung alles sicherzustellen. Dann sei er mit Frau v. Ohnesorge in die Stiefelsche Wohnung gegangen, wo er den Angeklagten in schlummernder Befassung antraf. Der Angeklagte war sehr bleich und geistesabwesend. In seiner Rede fiel mir die Erklärung auf: Man hat mich belassen gemacht. Wo bin ich denn? Ich habe etwas angeteilt, weiß aber nicht was. Soll denn alles zerwunden gehen. Ich führte den Angeklagten an und sagte: Ja, wissen Sie denn nicht, daß Graf Eberhard tot ist. Darauf sagte er: Herr Direktor, Sie können mich ja an, Antonie laue ihm doch, daß er lügt. — Borf.: Wie erklären Sie sich diese dumme Erklärung?

Zeuge: Ich hatte sofort den Verdacht, daß er der Täter war und habe das auch sofort dem Sanitätsrat Panik gesagt. (Bewegung.)

Borf.: Sie haben der Gattin die Meldung vom Tode ihres Gatten gemacht. War sie erschüttert oder schauspielerte sie nur? Zeuge: Ich hatte den Eindruck, als ob ihr Schmerz echt war. Oder sie konnte sehr gut schauspielern. Borf.: Ist die Lage der Familie nach dem Tode des alten Grafen besser geworden oder schlechter. Zeuge: Nicht besser. Es wäre freilich anders geworden, wenn sie in früheren Jahren sparsamer gewirtschaftet hätten.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen und das Gericht begab sich zum Lokaltermin nach Jannowitz.



Unter den Kranken, die zu Albert de Castro kamen, war ein junger Mann, der, nach seiner Lebensweise zu schließen, es darauf angelegt hatte, sich umzubringen oder, deutlich gesagt: sich umbringen zu lassen durch seine Torheiten, auf eine langsame Weise. Wenn er Geld besaß, verpielte er es; wenn er begann, sich gesund zu fühlen, brachte er seinen Fundus an eroberten Acker in einer einzigen Nacht wieder durch. Er hatte sozusagen ein System von Schitonen, geistiger und physischer Art, mit welchem er jede Regung zu einem vernünftigen Leben in sich konzentrierte. Und dabei war er von Natur ein vernünftiger Mensch! Er wußte ganz klar, was in bezug auf ihn selber böse und gut war, und es geschah wohl auch aus Gründen seiner Vernunft, daß er immer wieder zu Albert de Castro kam. „Ich bin ein verrückter Mensch“, sagte er zu Doktor de Castro, „mir ist nicht zu helfen, bitte helfen Sie mir. Nein, ich bin kein verrückter Mensch“, sagte er, „ich bin der einzige mit Vernunft, alle andern sind dumm.“

Was sollte einer also mit solch einem Menschen beginnen? Ihm Ratsschläge, sehr gute Ratsschläge geben? Haha. Wenn er allein war, tat er ja doch, was er wollte. „Wenn ich allein bin“, sagte er, „tu ich doch, was ich will; das heißt, eigentlich tu ich dann das, was ich nicht will. Oder doch — ich tue dann das, was ich will.“ Kein Mensch in der Welt also hätte mit ihm etwas anzufangen gewußt, seine Eltern am allerwenigsten, und sie beförderten ihn zum Hause hinaus, schickten ihm Geld, wie die Pflicht es verlangte und dachten mit Trauer: Ein verlorener Mensch. — „Meine Eltern haben ganz recht“, sagte er, „ich bin ein gemeiner, scheußlicher Mensch, ein verlorener Mensch, zum Ausspucken bin ich — nein, ich bin der einzig reine Mensch auf der Welt. Der einzig laubere bin ich, ja ich. Daß keiner das glaubt, gehört nicht dazu, ich weiß das und kenne mich selber am besten.“

Albert unterstützte ihn durchaus nicht mit Geld. Manch-

mal sah er mit ihm im Restaurant, und sie unterhielten sich Stunden, Stunden. Wenn der junge Mensch in die Sprachstunde kam, wartete er von selber ab, bis alle Kranken gegangen waren, um als der letzte an die Reihe zu kommen. Dann konnte der Doktor sich mit ihm unterhalten, und er tat es gern, denn so behandelte er ihn. Er hatte gleich das Wesen der Krankheit erkannt, und das war nun eben die typische Krankheit, die Krankheit der Jugend, in ihrer reinsten Form. Um dieser Krankheit willen war Albert Arzt auf seine besondere Weise geworden. Die Krankheit, an der dieser Junge litt, kannte Albert schon aus dem Kriege her, sie hatte sich dort entwickelt wie Verbreden aus Hunger, wie aus Enttäuschung — Kaltblütigkeit. Ja, diese Krankheit war die Kaltblütigkeit selber, Kaltblütigkeit bei verschütteter Tiefe, Respektlosigkeit bei Anlage zur Ehrfurcht — mit einem Worte: Gottlosigkeit. Dem gottlosen Kranken erschien es als letzter Trumpf der Noblesse, dieser Nartheit von Menschenkultur, welche letztere zwar existierte, über deren Ziel und Ende aber keine Gewißheit bestand, jene andere Nartheit der völligen Kulturlosigkeit entgegenzusetzen, die denn doch ab und zu einen Sinn verriet: in Augenblicken von Rauf und Ekstase. Aber wenn er nach seinen glänzenden Siegen, die er über die Nartheit der Menschenkultur errungen, blaß und entnervt zu Albert kam, dann wußte er wohl weiter nichts, als sich hinüberreißen lassen zum Ufer, aus dem Chaos zu Gott. „Ich habe recht“, sagte er, „ich geh unter, aber ich habe trotzdem recht.“ War es etwa einfach, ihm klarzumachen, daß, wo er dermaßen sich selber quälte, er doch im Unrecht war? — „Aber Sie quälen sich nur“, sagte Albert, „sehen Sie das nicht ein?“ — „Das ist meine Art von Protest“, sagte er, „gegen die Nartheit, an Gott zu glauben.“ — „Woraus schließen Sie, daß dieser Glaube nur Nartheit ist?“ — „Aus der Tatsache“, sagte er, „dieses Kriegs...“

Und Albert sah vor ihm und bewies ihm Gott. Eine Taube, blaß und blaß, lag am Fenster vorbei, gegenüber auf der Dachschräge sah sie sich nieder. Und Albert sah vor ihm und bewies ihm Gott. Die Wäden eines Naropians glückten hell durch die Luft. Und Albert sah vor ihm und bewies ihm Gott. Er ließ den Kranken die Arme heugen, daß die Muskeln sich hoben und schwoffen von Kraft. Er zeigte ihm Zukunft: er bemühte sich, daß der Kranke endlich glauben sollte lernen, was er innerlich unanzweifelbar wußte. Und mit diesem Bemühen um ein trostiges Herz bewies er am besten, und das wußte er selber nicht, Gott.

So viel feurige Ueberzeugung konnte Albert an Tag

legen, wo es galt, das Lebendige im Leben stark und gesund zu erhalten. War das nun Liebe oder nicht? Aber wie kam es, daß in jeder der Unterhaltungen mit Irene ein Bruch von immer derselben Art das Gespräch ins Stocken brachte und zu einem schleppenden Ende kommen ließ? Er hätte doch zufrieden sein können, nicht wahr, denn Irene hatte in der Tat ihren Glauben. Vor gewissen Begriffen empfand sie eine Art von Ehrfurcht; wenn sie davon sprach oder auch nur hörte, wurden ihre Augen streng und die Stirn verklärt, wie vom Ansehen einer Heiligkeit. Aber eben das, was ihr verehrentwert schien, machte auf ihn überhaupt keinen Eindruck; er geriet deswegen wahrhaftig nicht in Begeisterung. Das wurde ein richtiger Konflikt ihrer Ehe. Er stand all ihren Begriffen ganz anders gegenüber, eigentlich: er stand vielmehr davon überhaupt nicht gegenüber. „Das ist Bergangeneheit“, sagte er dann, und für ihn war das also nicht da. Sie lernte es nie, im voraus zu errechnen, wie er zu einer besonderen Frage wohl stehen würde. Mit der Zeit setzte sie all ihren Ideen gegenüber seine Ablehnung voraus. Sie fand das System nicht, obgleich er es ihr doch offen erklärte, nach dem er die Dinge des Lebens ergriff oder von sich wies.

Sie wollte mitten im Winter nach Hohennau. In der Einfachheit der Wälder Gott wieder zu finden! sagte Irene. Nun hätte er ihr ja einfach glauben können, daß diese Reife Bedürfnis war. Aber er verwarf, ihr Gott in der Stadt zu zeigen, und ihre Meinung, man fände ihn etwa in Wäldern und Fluren, erklärte er einfach für phrasenhaft. Und ihre Antwort? Nun sprach sie von Göttern. Aber das waren eben solche Begriffe, die er bemüht war, ihr abzunehmen. Sogar wegen der Götter stritten sie sich. Er verlangte bei all ihren Worten die Vorstellung zu erfahren, die hinter den Worten stand. Solche Vorstellung aber hatte sie nicht. Er begriff, daß sie nie seine Wirklichkeit kennen lernte, solange sie nicht ihre Wirklichkeitsfremdheit erkannte. Aber an ihre Ideale — sie nannte das Ideal, ja — ließ sie niemandem tosten. Im Gegenteil, Sie verlangte, daß auch er davon glauben sollte, glauben sollte ohne zu fragen. Sie ließ Pietät vor Begriffen, die er nicht einmal als Kind respektiert hatte.

Und sie reiste im Winter nach Hohennau. Besser Schuld war dies alles? — Es ist meine Schuld, sagte Albert für sich, ich konnte sie nicht, ich liebte sie nur, als ich so heftig nach ihr begehrt. Ich glaubte an... und ich glaube noch. Ja, ich glaube noch; ja, ich liebe sie. (Fortsetzung folgt.)

# Lehners Geständnis.

Er hat sein Opfer bei lebendigem Leibe verbrannt.

Leipzig, 6. Dezember.

Der Abteilungsleiter im Leipziger Kriminalamt, Regierungsrat von Kriegern, der in Straßburg das erste Verhör mit dem dort verhafteten Versicherungs- schwindler und Mörder Lehner durchgeführt hat, ist nach Leipzig zurückgekehrt und hat seiner vorge- setzten Behörde über das Ergebnis seiner Vernehmung Bericht erstattet.

Über die Ausführung der Tat sagte Lehner, er sei am Abend des 27. November auf der Chaussee Regensburg-München von einem Wanderer angesprochen worden, der ihn gebeten habe, ihn nach München mitzuführen zu lassen. Lehner habe ihm die Erlaubnis gegeben, zunächst ohne an die Tat zu denken. Während der Fahrt habe er seine geplanten Versicherungsbeiträge neuerlich durchdacht. Er sei zu der Erkenntnis gekommen, daß nun der richtige und nicht wiederkehrende Augenblick gekommen sei und habe auf der Straße zwischen Eitzershausen und Mariaort, etwa 13 Kilo- meter von der nächsten Siedlung entfernt, den Wagen zum Stehen gebracht und vorgegeben, es sei ein Schaden am Motor eingetreten. Er habe den Wanderburschen veranlaßt, ruhig im Wagen sitzen zu bleiben. Lange habe er an dem Fahr- zeug herumgearbeitet. Dann habe er aus einer Reservebenzinkanne Benzin in und auf den Wagen, insbesondere auf die Trittbretter, geschüttet, um dem Insassen nach erfolgter In- brandführung jede Möglichkeit zur Flucht zu neh- men. Er habe dann das Benzin in Brand gesteckt. Eine Explosion sei erfolgt, und er habe gesehen, wie die Flammen von der Kleidung seines Begleiters Besitz ergriffen hätten. Dann sei er davongerannt. Er sei nach Regensburg gegangen und von dort nach München gefahren. Im Besitz eines Auslandspasses sei er schon gewesen. Grenzsicherheitskontrollen habe er nicht gehabt. Schon am 2. Dezember sei er in Paris gewesen, doch habe er sich dort nicht sicher gefühlt. Außerdem habe er nirgends etwas erfahren können, was über den „Unglücksfall“ in der deutschen Presse geschrieben worden sei. Er sei dann nach Straßburg gefahren, da er glaubte, von dort mit seiner Frau unauffällig telephonieren zu können. Er habe sich als „Franelli“ ausgegeben. Wena seine Frau diesen Namen hörte, habe sie gemerkt, daß er selbst am Apparat sei.

Die Leipziger Kriminalpolizei ist dann, wie bekannt, vorgegan- gen und hat die Straßburger Polizei von der Anwesenheit des Lehner in Kenntnis gesetzt. Als Lehner das zweite Gespräch mit Leipzig anmeldete, konnte er festgenommen werden.

## Trauerspiel in einer Arbeiterfamilie.

Selbstmord wegen verletzten Ehrgefühls.

Eine furchtbare Familientragödie ereig- nete sich heute Abend in der Straßauer Allee 23. Hier wohnt im Luergebäude im vierten Stockwerk der 47 Jahre alte Arbeiter Otto Milly mit seinen zwei Söhnen und seiner Ehefrau. Sein achtzehnjähriger Sohn hatte vor einigen Tagen einen Streit mit dem Bruder. Heute Abend stellte der Vater Otto deswegen zur Rede. Dieser zog anscheinend aus gekränktem Ehrgefühl plötzlich eine Pistole und schoß sich in die rechte Schläfe. Schwer verletzt brach er zusammen.

Die Mutter war gerade in der Küche mit dem Abendbrot be- schäftigt und alle verfluchten, dem Sohn zu helfen. Ein Arzt wurde gerufen und der Schwerverletzte ins Krankenhaus gebracht. Die Ärzte zweifeln an seinem Wiederaufkommen. Während des Trans- portes ins Krankenhaus nahm der Vater, der alte Milly, die noch gelobene Waise vom Fußboden auf. Plötzlich ging wieder ein Schuß los und der alte Milly brach in die Brust ge- troffen tot zusammen. Ob er ebenfalls Selbstmord verübt hat, oder ob es sich um einen Unglücksfall handelt, kann nicht mit Gewißheit gesagt werden. Der Schuß war unterhalb der rechten Brustwarze eingedrungen und war sofort tödlich.

## Arbeiterschaft und Radiotechnik.

Die Radiotechnik ist in der kurzen Zeit ihres Bestehens — speziell im Rundfunk — zu einem der mächtigsten Beein- flussungsmittel geworden. Das Eindringen der Arbeiterschaft in die Geheimnisse der Radiotechnik bedingt nicht nur das Streben nach einem Rundfunkprogramm, das in erster Linie den Wünschen der arbeitenden Menschen entspricht, sondern auch eine systematische Weiterbildung der nicht immer im Einklang zu bringenden Verkaufspreise mit den Löhnen der Radio- industrie. Der Bau guter und billiger Apparate und Anlagen und die Schaffung einer sozialen Radiobibliothek für Kinderheimatstätten muß Möglichkeit werden. An allen diesen Dingen ist der Mann am Reich- tigt und im Bureau ebenso interessiert wie der Mann, der den Hammer und die Säge zu handhaben versteht. Der Arbeiter- Radio- Bund Deutschlands e. V. als Erkennner und Aus- werter der Radiotechnik für die Arbeiterschaft veranstaltet zu diesem Zwecke durch seine Gruppe Friedrichshain am Sonnabend, dem 7. Dezember, von 16 bis 22 Uhr und am Sonntag, dem 8. Dezember, von 10 bis 22 Uhr eine Ausstellung selbst- gebauter Apparate im Gesellschaftshaus, Fruchtstraße 36a, um den Besuchern zu zeigen, wie der moderne Arbeiter bei syste- matischer Aneignung von Wissen mit den technischen Problemen unserer Zeit, Rundfunk, Bildfunk und Fernsehen, umzugehen ver- steht. Die Ausstellung wird von allgemeinverständlichen Vorträgen und Experimenten untrahnt, wozu von jedem arbeitenden Besucher ein Eintrittsgeld von 15 Pf. erhoben wird. Erwerbslose und Kinder haben freien Eintritt.

Der Berliner Uthmann-Chor rüstet zur Uthmann-Gedächtnis- feier. Am 22. Juni 1930 begibt sich der Chor nach Eiderfeld- Barmen, um dort ein Konzert im Sinne des verstorbenen Ar- beiterkomponisten zu geben. Anschließend veranstalten die Chöre des Arbeiter-Sängerbundes Rheinland und Westfalen am Grabe Uth- manns eine Gedächtnisfeier, bei welcher der Chor auch mit- wirkt. Ein gleichartiges Konzert findet in Düsseldorf statt. Auch die Kölner Arbeiter-Sänger haben die Berliner Sänger ein- geladen. Anschließend findet eine Gesellschaftsfeier den Rhein aufwärts statt. Der Chor nimmt Sänger, die gewillt sind, an der Feier Uthmanns teilzunehmen, noch auf. Übungsstunden jeden Freitag von 18 bis 10 Uhr, 39, Gemeindefchule R., Müller- straße 55/56.

Ehrend für Dr. Edener und Prof. Junkers. Die Technische Hochschule München hat anlässlich der akademischen Jahresfeier Dr. Edener-Friedrichshofen und Professor Dr. Junkers-Deffau zu Ehrensenatoren ernannt.



# Berlin als Weltstadt

## Anregung und Kritik

### Alles schon dagewesen.

Berlin — Weltstadt — der ganze Stolz des Berliners auf die gewaltige Entwicklung des größten deutschen Ge- meinwesens nach der Revolution liegt in dieser Zusammen- stellung. Aber ein Griff in den wohlgefüllten Bücherregal eines Berliner Sammlers belehrt uns, daß auch schon dem früheren Berliner seine Heimat als eine solche Stadt erschienen ist, die der Bezeichnung Weltstadt nicht unwürdig wäre. Ein kleiner Unter- schied ist aber zwischen uns und dem Autor jenes Buches: er sieht mit vollen Backen in das Horn: Berlin wird Weltstadt; wir konstata- tieren: Berlin ist Weltstadt.

Im Jahre 1868, also vor zwei Menschenaltern, erschien das Büchlein, das ein bekannter Berliner Schriftsteller, Robert Springer, verfaßt hat. Und er hatte nicht so ganz Unrecht mit seiner Behauptung, denn die Endjahre des sechsten Jahrzehnts im 19. Jahrhundert lähen eine so rapide Entwicklung Berlins, daß die kühnsten Prophezeiungen gewagt werden konnten. Auf dem blutgedüngten Boden der kriegerischen Ereignisse von 1864 und 1866 erwuchs eine Spekulation sondergleichen, sie setzte sich nach 1871 fort und fand ihren Zusammenbruch erst in dem Zustand der „Gründerjahre“ durch den Börsensturz von 1873 und die dann folgende Verleumdung des Geschmacks, die zu dem bekannten Urteil von Neuleaur führte: Billig und schlecht. Ueber den damaligen Kursus „Berlin wird Weltstadt“ können wir heute wirklich nur lächeln — die guten Berliner von damals sahen in den paar Pferdebahnen, Omnibussen und Dampfern einen ungeheuren Verkehrsanschlag, während gerade auf diesem Gebiete der Reiz- wintelgeist des alten Staates sich am deutlichsten offenbarte. Sie sahen aber auch, und das dürfte den Ausschlag gegeben haben, die Vergnügungstätten sich in breiter Fülle ausdehnen und ein Nachtleben sich entsalten, das in der Ungemiettheit an das Pariser Vorbild wohl heranreichte, aber dessen Grazie ver- missen ließ.

Viel Wasser ist seitdem die Spree herundergelaufen — der Ruf der heutigen Weltstadt beruht in erster Linie auf ihrer Ar- beit und auf ihrer Entwicklung zu einem Gemeinwesen, das sich bemüht, jedem seiner Bürger den gleichen Anteil an den Kulturaufgaben zu verschaffen.

### Der letzte Schrei: Photographien auf Seide.

Ein erfindertischer Geist hat einen neuen Gegenstand für die „gute Stube“ erfunden: die Photographie auf dem Taschentuch. Es genügt nicht, daß die Ansichte der mehr oder minder Lieben von der Wand herabblättern. Auch die Alben könnten

Erinnerungen zu schnell vergessen lassen. So muß jetzt das Taschen- tuch herhalten. Jedes Klopapier kann in Zukunft erfolgreich ver- schönert werden durch die Photographie, die in einer der Ecken an- gebracht ist. Leinwand oder Photographienpapier sind dieser Verzierung natürlich nicht würdig, Seide muß es sein, eventuell wird ein feines Kunstseide gefaltet. Die Gesichter erscheinen etwas verzerrt und verlieren durch den Abzug an Trutlichkeit (wahrscheinlich der einzige Vorteil dieser Spielerei), mit jeder Wäsche werden sich diese Vorzüge übrigens bestimmt noch „verbessern“. Sollte aber dies nicht beab- sichtigt sein, so empfiehlt es sich, die Ede mit der Photographie festet aus der Brusttasche hängen zu lassen. Für sensible Gemüter bleibt nur die Urtime übrig. Man kann dann beliebig oft einen verstoßenen Blick nach der Seidenphotographie wagen.

### Das laute Mittagessen.

Im Gegensatz zu früheren Zeiten, in denen über die lieblose Berliner Küche mit ihrer Einheits-Brotensauce geklagt wurde, gibt es jetzt eine immer größer werdende Zahl von Speisewirtschaften, die schmackhaft zubereitetes Essen zu den bekanntesten „glocken“ Preisen liefern, ihre gegen früher sich vielleicht ergebende Mindereinnahme aus dem Essen durch den Berauschant vielfach weitmachend. Aber eins haben gerade diese in den Mittagstunden natürlich vielbesuchten Wirtschaften noch nicht gelernt: die bei flotten Betrieb naturgemäß sich häufenden Bestellungen und die Handgriffe bei Aufstellung der noch zu gebrauchenden Teller, Messer und Gabeln lautlos auszuführen. Am den Schantrittsch tobt die Schlacht der Rufer nach Bier, und an Seitentischen wird das „Lafelüber“ mit einer Kerze in den Behälter ge—legt, als ob das Vorhandensein eines solchen Nebenbensschages allen Be- suchern des Lokals eingehämmert werden müßte. Das Essen würde ohne diese Rüst nicht nur besser schmecken, sondern auch besömm- licher sein. Vegt beschleunigt mancher die Nahrungsaufnahme, nur um dem Klingklang des Metalls, dem Klappern des Porzellans und allen sonstigen Geräuschen zu entgehen.

### Kriminalgericht ohne Briefkasten.

Wer nach den Dienststunden eilig zum Kriminalgericht läuft, um noch schnell einen Brief, der unbedingt am nächsten Tag be- arbeitet werden muß, loszuwerden, wird mit Schreden und Er- staunen feststellen müssen, daß das große Gebäude keinen eigenen Briefkasten besitzt. Nicht jeder hat schließlich genügend Ged, um das Porto für Telegramm, Kohpost oder Eilbrief auszugeben. Wir hoffen, daß unsere Publikation mit dazu beitragen wird, den dringend notwendigen Gerichtsbriefkasten schnellstens anzuschaffen.

## Die Blankenburger Kindertragödie.

Ehepaar Schröder in Haft genommen.

Wie bereits berichtet, untersuchte die Pankower Kriminal- polizei die schweren Beschuldigungen, die gegen das Ehepaar Schröder aus der Urhacht. 9 in Berlin-Blankenburg er- hoben wurden. Die Ermittlungen und Vernehmungen, die Kriminalkommissar Schaala mit den Blankenburger Beamten führte, haben noch gestern Abend den Beweis erbracht, daß das Elternpaar sich wüste Rohheitsexzesse gegen das dreijährige Kind hat zuschulden kommen lassen.

Der Ehemann Julius Schröder, der 25 Jahre zählt, und seine 20 Jahre alte Frau Johanna wurden auf Grund der Nach- forschungen jetzt wegen dauernder Kindermisshand- lungen in Haft genommen. Bei den Vernehmungen sind erhebliche Einzelheiten ans Licht gekommen. Die kleine Dora war gleich nach ihrer Geburt — die Mutter war damals noch haus- angestellte — in städtische Pflege nach Trebersdorf bei Strausberg gekommen. Während der ganzen Zeit sah es seine Mutter nicht. Als es nun am 16. November nach Hause geholt wurde, erkannte das Kind die Frau nicht und konnte auch kein Zutrauen zu ihr fassen. Das zeigte sich schon darin, daß Dora sich weigerte, „Mutter“ zu sagen. Das brachte Frau Schröder so in Wut, daß sie begann, das Kind systematisch zu verprügeln. Die ungläublichen Züchtigungen wurden nicht nur einmal am Tage, sondern mitunter zwei- oder drei- mal vorgenommen. Das kleine Mädchen wurde auf diese Weise immer mehr verängstigt und verächtelt. Am letzten Lebensstage, dem Mittwoch, hatte das Kind sich schmutzig gemacht. Die Frau entkeimte das Kind und der Vater schlug es mit dem Schnallenriemen auf das bloße Gesicht. Er hatte sich schon zu Bett gelegt, rief aber die Kleine immer wieder an sein Lager. Als das Kind nach der dritten harten Züchtigung ohnmächtig zusammenfiel, zog die Frau es an den Ohren empor. Diesmal fiel das unglückliche Kind mit dem Gesicht auf die Erde. Um das Kind wieder zu sich zu bringen, trug die Frau Kaffee und schloß ihm etwas ein. Diese schauerlichen Vorgänge spielten sich gegen 10 Uhr abends ab.

Am 12¼ Uhr war das Kind tot.

Wie schwer das Kind unter den Mißhandlungen zu leiden gehabt hat, geht auch aus den Befundungen der Nachbarn hervor. Zu ihnen brachte die Frau das kleine Mädchen, wenn sie etwas zu besorgen hatte. Bei den Fremden sahte Dora Zutrauen und hat immer wieder, sie nicht nach Hause zurückzuführen.

An der kleinen Leiche Doras wurden bei der ärztlichen Unter- suchung blaue und braune Flecke festgestellt, außerdem Haut- abschürfungen, offene Stellen am Gesicht und an den Schenkeln und Rißstellen an den Ohren. Das bestialische Ehepaar wird dem Unter- suchungsrichter zugewiesen.

### Weihnachtsmarkt ab 11. Dezember.

Auf Grund der preussischen allgemeinen Gewerbeordnung und der Reichsgewerbeordnung wird für den Weihnachtsmarkt in den Verwaltungsbezirken I bis VI in Berlin (mit Ausnahme von Stenau) eine Marktordnung erlassen, aus der die folgenden wesentlichen Bestimmungen wiedergegeben seien. Der Weih- nachtsmarkt findet statt in der Petersburger Straße zwischen Landwehrkanal-Allee und Postenplatz auf den beiden Promenaden: zwischen der Grünflächen, zwischen Postenplatz und Franzfurter Allee auf der westlichen Gehbahn und in der Warschauer Straße zwischen Boghagener und Repaler

Straße auf einer Seite der Mittelpromenade. Außerhalb dieses Marktgebietes kann auch auf geeigneten Straßen und Plätzen unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften Weihnachtsmarkt abgehalten werden. Der Weihnachtsmarkt beginnt am 11. und endet am 27. Dezember. Soweit nach den Bestimmungen über Sonntagsruhe und Bodenschluß in offenen Verkaufsstellen des Handelsgewerbes ein geschäftlicher Verkehr nicht gestattet ist, gilt gleiches auch für den geschäftlichen Verkehr auf dem Weihnachtsmarkt.

Die BVB. hat für die Bewältigung des am silbernen und goldenen Sonntag zu erwartenden Verkehrs besondere Vorbereitungen getroffen, so daß mit einer reibungs- losen Abwicklung des Verkehrs an diesen Tagen zu rechnen ist.

## Rettung aus schwerer Seenot.

Fünf Mann eines sinkenden Schoners geborgen.

New York, 8. Dezember.

Der Dampfer Baltic, der sich auf der Fahrt von Liverpool nach New York befindet, teil durch Funkpruch mit, daß er bei schwerer See fünf Mann der Besatzung des Schoners Northern gerettet habe. Die Baltic traf das Segelschiff auf 45,54 Grad nördlicher Breite und 42,32 Grad westlicher Länge in schwerer Seenot und sinkend an. Ein Mann der Besatzung des Northern erkrank. Das Rettungsschiff der Baltic mußte aufgegeben werden, da es infolge des hohen Seegangs unmöglich war, es an Bord zu ziehen.

Einem Funkpruch aus Apia auf Samoa zufolge ist es dem englischen Dampfer „Trongate“ gelungen, restliche 21 Mann eines bei Gardner Island gestrandeten englischen Dampfers „Norwich City“ von der Insel zu retten. Von der aus 35 Köpfen bestehenden Besatzung der „Norwich City“ sind mit weiteren drei Überlebenden insgesamt 24 Personen gerettet worden.

Als Folge des Sturmes, der über London und den Süden Eng- lands hinwegging, sind nach den letzten Feststellungen vier Personen getötet worden. Drei Fischer sind bei dem Sturmwetter an der leichten Küste ertrunken.

## Seltene Funde bei Barmen.

Barmen, 6. Dezember.

Am Dienstag nachmittag machten Arbeiter in einem Walde in der Remna an der Beyenburg Straße einen seltsamen Fund. In der Nähe einer Birke lag ein Paket, das ein Paar neue Damenschuhe, Kleider und ein Paar getragene Damenstrümpfe enthielt. Etwa 10 Meter abseits von dieser Fundstelle ebenfalls an einer Birke lag ein alter Unterrock, zwei Paar alte Damenschuhe und ein Hut mit angelegten Köpfen. Die Kriminalpolizei hat nach Bekanntwerden des Falles sofort alle Wohnkomplexe getroffen, um die Herkunft der Sachen zu ermitteln und die Angelegenheit zu klären.

Eingeklagte Hoffnungen. Bei ihrer gestrigen Abenddemon- stration am Blowerplatz trugen die Kommunisten auch einen Sarg, womit sie wohl andeuten wollten, daß sie alle ihre Hoffnungen zu Grabe tragen. Sie waren aber so stolz auf ihren Sarg, daß sie ihn, als die Polizei gegen den Unzug einschreiten wollte, mit Messer, Steinen und Schlagringen verteidigten und dabei zwei Polizeibeamte verletzten. Die Polizei ver- schaffte nunmehr drei wilde Jungmänner und brachte sie zur Wache. An der Ecke der Prinzen- und Dresden Straße mußte ein kommu- nistischer Demonstrationszug aufgelöst werden.



# Aluminiumkrieg?

## Zur Frage eines deutschen Aluminiumzolls.

Dem Reichswirtschaftsrat liegt seit einigen Tagen ein Gesetzentwurf vor, wonach für Aluminium und Aluminiumhalbzug ein Schutz Zoll eingeführt werden soll. Vorge schlagen wird ein Zoll von 25 M. für einen Doppelzentner Rohaluminium (in Blöcken, Barren, Platten usw.) und 37 M. für Aluminiumhalbzug (geschmiedetes, gewalztes, gepreßtes Aluminium usw.); Aluminiumabfälle und Bruchaluminium sollen dagegen im allgemeinen zollfrei bleiben. Bisher war Rohaluminium einem Einfuhrverbot unterworfen. Da dies Einfuhrverbot in absehbarer Zeit infolge der internationalen Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote verschwinden wird, soll der vorge schlagene Schutz Zoll hierfür einen Ersatz bringen. Neuartig an dieser Zollvorlage ist nun, daß die Aluminiumproduzenten keine Erhöhung der Aluminiumpreise wollen. Die Zollvorlage wird mit der drohenden internationalen Ueberproduktion begründet; hierbei werde Deutschland als größter europäischer Metallverbraucher einen besonders schweren Stand haben, denn andere Länder wie Frankreich, Italien und die Vereinigten Staaten haben bereits einen Aluminiumzoll.

### Der amerikanische Gegner.

Die international wichtigste Gruppe, gegen die sich wohl in erster Linie diese Schutz zollforderung richtet, ist der sogenannte Mellon-Konzern: die Aluminium Company of America. Hinter dieser Gesellschaft steht die sehr reiche Pittsburger Familie Mellon, die gleiche Familie, die auch seit 1921 den Schatzsekretär der Vereinigten Staaten, Andrew W. Mellon, stellt, und die außer der Aluminiumerzeugung auch einen großen Teil der amerikanischen Aluminiumverarbeitung beherrscht. Sie kontrolliert zahlreiche Elektrizitätsgesellschaften, steht in enger Verbindung mit einem der größten amerikanischen Elektrownunternehmen, dem mit Siemens zusammenarbeitenden Westinghouse-Konzern, und spielt auch auf anderen Wirtschaftszweigen eine große Rolle.

Schon vor dem Kriege war Amerika der größte Aluminiumproduzent der Welt. Mit einer Erzeugung von 20 000 Tonnen machte 1913 die amerikanische Produktion fast ein Drittel der damaligen Weltproduktion (65 300 Tonnen) aus. In den Kriegsjahren und Nachkriegsjahren hat sich auch die Aluminiumherstellung in einer Reihe europäischer Länder stark gehoben; sie stieg z. B. von 1913 bis 1928 in Deutschland von 1000 auf 30 500, in Norwegen von 1500 auf 20 000, in Frankreich von 13 500 auf 27 000, in der Schweiz von 10 000 auf 21 000 Tonnen; lediglich die großbritannische Produktion ging von 10 000 Tonnen 1913 auf 7000 Tonnen 1928 zurück.

Währenddessen ist aber Amerika nicht nur der größte Aluminiumproduzent geblieben, sondern sein Anteil an der Weltproduktion hat sich von nicht ganz einem Drittel auf die Hälfte der Weltproduktion gehoben. 1928 betrug nämlich die Aluminiumherstellung in den Vereinigten Staaten 80 000 Tonnen, dazu ist noch die ebenfalls vom Mellon-Trust beherrschte kanadische Produktion in Höhe von rund 20 000 Tonnen zu zählen, übrigens auch noch ein erheblicher Teil der norwegischen Produktion.

### Die Bedeutung des Mellon-Trusts.

Die Kapitalkraft der mit mehr als 150 Millionen Dollar arbeitenden amerikanischen Gesellschaft, die 1927 einen Reingewinn von 13,4 Millionen und 1928 von 19,3 Millionen Dollar (etwa 80 Millionen Mark) erzielte, ist außerordentlich. Der Ausschlag gerade dieser Gesellschaft, die die gesamte Aluminiumproduktion des amerikanischen Kontinents hundertprozentig in Händen hat, war wohl die Hauptgrundlage für die heutige Machtstellung der Familie Mellon. Insbesondere hat der Trust es verstanden, jede etwa auftauchende Konkurrenz in den Vereinigten Staaten aufzukaufen oder durch Verträge unschädlich zu machen; sie hat sich ja fast sämtliche Haupterzorte, d. h. die wichtigsten Rohstoffgrundlagen, in den Vereinigten Staaten und Kanada gesichert und besitzt weitere Bergbauinteressen in Südamerika und Europa. Schließlich beherrscht sie durch die Aluminium Manufacturers Inc. den wichtigsten Teil der Aluminium weiter verarbeitenden Industrie.

In den Kriegsjahren konnten einzigartige Monopolgewinne erzielt werden. Arthur W. Davis, damals wie heute noch Präsident der Aluminium Co., wurde als einziger Aluminiumproduzent des Landes zugleich zum Vorsitzenden des Unter Ausschusses für Aluminium beim Nationalen Verteidigungsrat gewählt, so daß er die Aluminiumpreise nicht nur als privater Kaufmann, sondern auch amtlich festlegen konnte. Damals sollen die Verkaufspreise nach amerikanischen Meldungen um 120 Proz. über die Produktionskosten hinausgegangen sein.

## Um die Baumwollzölle.

### Eine Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums.

Das Reichswirtschaftsministerium veröffentlicht jetzt die Ergebnisse einer Enquete für die Baumwollindustrie, die unter Leitung des Ministerialdirektors a. D. Boll vorgenommen wurde. Den Anlaß zu dieser Untersuchung gaben die im Frühjahr aufgestellten Forderungen der Baumwollindustriellen auf Herabsetzung der Zölle für Baumwollgarne und Gewebe. Damit zugleich war die Kündigung des deutsch-französischen Handelsvertrages zum erstmaligen Termin gefordert worden.

Die Untersuchung des Reichswirtschaftsministeriums stellt fest, daß die Beschäftigung der erfassten Betriebe, die im Jahre 1920 rund 10 bis 20 Proz. unter ihrer vollen Leistungsfähigkeit gearbeitet haben, sich bis zum Oktober 1929 weiter verschlechtert hätte, so daß heute die Baumwollindustrie nur mit zwei Drittel bis Dreiviertel dieser Leistungsfähigkeit arbeite. Der Inlandsabbau, der schon 1928 erheblich nachgelassen habe, sei dann Anfang dieses Jahres noch mehr zurückgegangen. Auch zur Zeit zeige sich nur vorderhand eine leichte Besserung. Dem entspricht, daß die Einfuhr an Baumwollgarne und noch mehr an Baumwollgeweben nach dem ungewöhnlichen Umfang des Hochkonjunkturjahres 1927 fortlaufend zurückgegangen sei.

Die übersteigerte Bedarfsdeckung vor zwei Jahren mußte in der Folgezeit einen Rückschlag auf den Absatzmarkt mit sich bringen. Auch die schlechte Lage des Arbeitsmarktes hat hier zweifellos mitgewirkt. Demgegenüber haben aber die Produktionsmittel der deut-

### Die neue Riefenanlage in Kanada.

Seit Ende 1927 wird nun von diesem Trust der Bau der neuen Riefenanlage in Kanada am Saguenay-River betrieben, die eine Leistungsfähigkeit von 100 000 Tonnen haben soll. Sie ist noch nicht ganz fertiggestellt, so daß vorläufig die Erzeugung nur einen Teil des endgültigen Programms beträgt.

Die Vereinigten Staaten nehmen auch heute noch größere Mengen französischer, deutscher und norwegischer Aluminiums auf, doch sind infolge der bestehenden Schutz zölle und der wachsenden Nachfrage die Preise im allgemeinen nicht gedrückt, worauf ja auch der erwähnte große Reingewinn des amerikanischen Aluminiumtrusts hindeutet. Offenbar werden die Produktionskosten der neuen kanadischen Anlage noch niedriger sein als gegenwärtig, da hier billige Wasserkraften im erforderlichen Ausmaß zur Verfügung stehen werden. Von niedrigen Stromkosten hängen die Produktionskosten für Aluminium noch mehr ab als von den Baupreisen und der Rohstoffhöhe. Andererseits erklären gerade die hohen Anlagelosten dieser Industrie die interessante Tatsache, daß in allen Ländern nur ein oder zwei Aluminiumgruppen existieren.

Schon in der letzten Zeit hat sich vielfach die verstärkte amerikanische Konkurrenzfähigkeit bemerkbar gemacht, am schärfsten wohl in den Gebieten des fernen Ostens, wo amerikanische Roh- und Fertigwaren zu Schleuderpreisen auf Kosten des europäischen Wettbewerbs abgesetzt wurde. 40 000 Tonnen für das Eindringen in den europäischen Markt sollen bereitliegen.

### Das Europakarrell.

Bisher scheinen Erzeugung und Verbrauch im allgemeinen gleich gewesen zu sein. Eine Regulierung der Produktion je nach der Nachfrage war ja auch nicht schwer durchzuführen, da die Zahl der Erzeuger nur gering ist, und außerdem die europäischen Hauptgruppen seit dem September 1928 in einem Kartell organisiert sind.

Deutscherseits bilden die zum Biag-Konzern (Reichsbell) gehörenden Vereinigten Aluminiumwerke die Hauptgruppe; auf sie entfallen einschließlich ihrer Beteiligungen rund vier Fünftel der deutschen Produktion. Die restliche Produktion bestreift in der Hauptsache die Aluminiumwerk G. m. b. H. in Bitterfeld, die gemeinsam von der I. G. Farbenindustrie und der Metallgesellschaft in Frankfurt a. M. beherrscht wird. Eine dritte, aber heute nur noch unbedeutende Gruppe ist die Aluminiumfabrik Rheinfelden, die dem großen schweizerischen Konzern (Aluminiumindustrie A. G. Neuchâten) gehört.

In Frankreich handelt es sich um zwei Gruppen, die beide einige Aluminiumfabriken besitzen. Sie sind in der Dachgesellschaft P. Aluminium Français zusammengefaßt. Das englische Kartellmitglied ist die British Aluminium Co. in London. Offenbar haben zwischen dem aus diesen Gesellschaften bestehenden Kartell und dem Mellon-Trust bestimmte Vereinbarungen bestanden. In Italien hat der Montecatini-Konzern unter Beteiligung der Vereinigten Aluminiumwerke eine mit 50 Millionen Lire arbeitende Gesellschaft gegründet, deren Anlage etwa 6000 Tonnen Aluminium jährlich herstellen kann; eine ähnliche Anlage ist in Spanien entstanden.

### Was nützt der Zoll?

Unter diesen Umständen mag ein Aluminiumschutz zoll den deutschen Produzenten als Ausweg zur Sicherung des deutschen Marktes vielleicht vernünftig erscheinen. Man darf aber hierbei folgendes nicht vergessen: Wenn die Amerikaner tatsächlich große Aluminiummengen auf den deutschen Markt werfen wollen, um die deutschen Produzenten zu unterwerfen, dann werden sie unter Umständen auch den Zoll riskieren; denn ihre Kapitalkraft erlaubt ihnen ausgiebige Konkurrenzkämpfe. Es ist auch damit zu rechnen, daß die Amerikaner ihre Erzeugungszüge nicht nur mit kanadischem Aluminium betreiben wollen, sondern daß sie auch in Europa selbst in größerem Ausmaß produzieren wollen. Ihre norwegische Tochtergesellschaft wurde bereits erwähnt; vor einigen Monaten entstand eine mit 3 Millionen Franken arbeitende schweizerische Gesellschaft, hinter der der Mellon-Trust steht, zwecks Beteiligung an verschiedenen europäischen Aluminiumgesellschaften. In Jugoslawien sollen bereits bestimmte Pläne für Neugründungen auf diesem Gebiet bestehen. Gegen all diese Möglichkeiten bietet natürlich ein Zoll letzten Endes keinen ausreichenden Schutz. Schließlich ist auch noch darauf hinzuweisen, daß Deutschland über einen erheblichen Aluminiumexport verfügt, der im Jahre 1928 insgesamt 57,9 Millionen Mark betrug, wovon mehr als die Hälfte auf Aluminiumfertigwaren entfielen.

ichen Baumwollindustrie zugenommen. So stieg von Anfang 1927 bis zum Sommer dieses Jahres die Spindelzahl um etwa 8 Proz., und die Leistungsfähigkeit der Spinnereien wurde ferner durch die durchgeführte Modernisierung des Spindelraumes darüber hinaus noch weiter gesteigert. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß trotz der schlechten Absatzverhältnisse die Industrie offenbar noch lange Zeit über die Absatzmöglichkeiten hinaus produziert hat.

Wenn die Denkschrift sich in der Frage der Produktionskosten die Argumente der Textilfabrikanten zu eigen macht und u. a. anführt, daß die Löhne in den elässischen Spinnereien auf 60 bis 65 Proz. und in den Webereien sogar nur auf 55 bis 60 Proz. der entsprechenden deutschen Sätze zu schätzen seien, so verweisen wir an dieser Stelle auf die sehr sorgfältigen Erhebungen des Textilarbeiter-Verbandes, die eine Differenz zwischen den elässischen und den deutschen Löhnen nur in Höhe von 25 bis 30 Proz. feststellen. Es spricht nicht für den Untersuchungsführer, Herrn Boll, daß das Wichtigste, nämlich die Höhe des Lohnanteiles am Fertigprodukt, verschwiegen wird. Von den gesamten Herstellungskosten am Fertigprodukt beansprucht der Lohn in der Baumwollindustrie noch nicht 20 Proz. Die Lohn-differenz im Fertigprodukt ist daher zwischen den elässischen und den deutschen Fabriken auf höchstens 5 Proz. zu schätzen.

Die Untersuchung gelangt zu dem Ergebnis, daß nach Lage der Verhältnisse mit einer starken Ausdehnung des Inlandsbedarfes für die nächste Zeit kaum zu rechnen ist und die Baumwollindustrie ihre Fabrikation mehr als bisher dem Bedarf anpassen müsse. Dieses Ziel könne aber nur durch die Industrie selbst erreicht werden. Wenn solche Maßnahmen nicht ausreichen, sei ein Zollschutz möglich.

Die Denkschrift läßt die Frage offen, ob die handels- und sozialpolitischen Schwierigkeiten gegenüber den Zollmöglichkeiten überwunden werden können. Die Unterlassung dieser Prüfung verdient stärkste Kritik.

## Gefährliches Spiel.

### Kapitalerhöhung bei den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen — Teilweise Privatisierung?

Am 13. Dezember soll der Verwaltungsrat der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen G. m. b. H., der größten rein öffentlichen Elektrizitätsgesellschaft im westlichen Industriegebiet, über eine Kapitalerhöhung um 92,5 Millionen (bisheriges Gesellschaftskapital 75 Mill. und 20 Mill. Amerikanleihe) beschließen. Das Eigenkapital soll von 75 auf 125 Millionen erhöht werden; dazu tritt eine Darlehenleihe von 42,5 Mill. Mark (10 Mill. Dollar). Die schnelle Entwicklung des Stromverkaufs zwingt zu einem stärkeren Ausbau der Anlagen.

Zu hören muß man bei einer ergänzenden Meldung des „Berliner Tageblatts“ zu diesem Vorhaben. Es soll im BEM. nämlich mit dem Gedanken gespielt werden, gelegentlich der Kapitalerhöhung eine teilweise Privatisierung vorzunehmen. Das „B. T.“ nennt mit Fragezeichen als eventuellen künftigen Teilhaber das RWE, also Herrn Böger. Wir können das zunächst nicht glauben. Aber nach der geographischen Lage, nach den Reingewinnen des „Präsidenten“ im BEM., nach den Ambitionen des RWE, ist es aber nicht ausgeschlossen. Würde Herr Krone wirklich mit dem Feuer spielen wollen? Wir hoffen es nicht.

Es werden auch in der öffentlichen Wirtschaft nämlich leicht Gruben gegraben, in die der Grubenarbeiter selbst fällt! Wir bitten um Aufklärung, Herr Krone!

## Weiter sinkende Massenkaufkraft.

### Rückgängige Inlandskonjunktur. — Gesamtkonjunktur bleibt relativ gut.

Das Institut für Konjunkturforschung stellt für die Monate September und Oktober einen Rückgang der Einzelhandelsumsätze um rund 7 Proz. gegenüber dem Vorjahr fest. Die ungefähre seit einem Jahre rückgängige Tendenz der deutschen Einzelhandelsumsätze habe sich also fortgesetzt, und ein Umkehrung sei vorläufig nicht zu erwarten. Die Umsätze in Nahrungsmitteln sind anteilmäßig naturgemäß größer als früher, weil der Nahrungsmittelbedarf kaum eingeschränkt werden kann. Die Umsätze in Legüen, Genussartikeln und Waren des Kulturbedarfs sind verhältnismäßig stark gesunken, während der Umsatz in Hausrat und Möbeln sich etwas günstiger hielt und im ganzen noch etwas über Vorjahreshöhe steht.

Diese Feststellungen bestätigen, daß das Einkommen der Massen in Deutschland seit längerer Zeit relativ und ständig sinkt. Für die Inlandskonjunktur ist das natürlich ein bedenkliches Zeichen, das zum Nachdenken darüber zwingt, wie der Binnenmarkt gestärkt werden kann. Die Hauptwege dazu sind bekanntlich die Erhöhung des Realeinkommens durch Lohn- und Gehaltssteigerungen, oder die Erhöhung des Realeinkommens durch Senkung der Preise. Weder das eine noch das andere ist im Jahre 1929 in fühlbarer Weise geschehen.

Daß die Gesamtkonjunktur, zu der auch die Produktion für den Außenhandel gehört, immer noch auf beträchtlicher Höhe verbleibt, zeigen die Wagnersstellungsziffern der Reichsbahn. Auch in den Monaten Oktober und November ist nach dem letzten Reichsbahnausweis die arbeitsmäßige Wagnersstellung immer um einige tausend Wagen höher gewesen als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

## Wettgewinne trotz Krise.

### Der Abschluß bei Blohm u. Böh.

Die Wertindustrie in Deutschland befindet sich seit dem vorigen Jahr in einer Krise, die den Arbeitsmarkt für die Wertarbeiter unter schwerem Druck hält. Seit dem Sommer hat sich die Arbeitskrise auf den Werften noch von Monat zu Monat zusehends verschärft.

Wie die Erfahrung schon bei anderen Industrien des öfteren gezeigt hat, läßt sich auch in der Wertindustrie die Tatsache feststellen, daß die Unternehmer trotz der anhaltenden Krise recht gut auf ihre Kosten gekommen sind. So konnte der Bremer Vulkan für 1928 wieder die hohe Dividende von 8 Proz. wie im Vorjahre zahlen und die Kieler Howaldt-Werke, deren Abschluß wir erst kürzlich veröffentlichten, waren sogar in der Lage, trotz der herausgedrahten Abschreibungen aus einem mehr als verdoppelten Reingewinn eine Dividende von 10 gegen 8 Proz. im Vorjahre auszuschütten.

Netzt hat das größte Hamburger Werftunternehmen, die Blohm u. Böh G. m. b. H., ihren Abschluß für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1928/29 vorgelegt. Bei allen Wertfabriken in diesem Jahre muß man berücksichtigen, daß der vierzehnwöchige Arbeitskampf im vergangenen Herbst normalerweise die Betriebsgewinne ungünstig beeinflussen mußte. Wenn daher bei Blohm u. Böh die Betriebsgewinne nur von 3,0 auf 2,8 Millionen zurückgegangen sind, so ist das ein Beweis, wie günstig das Unternehmen im ganzen gearbeitet hat. Der Reingewinn mit 570 000 Mark hat sich sogar gegenüber dem letzten Jahre kaum verändert und auch die Dividende bleibt mit 5 Proz. auf der Höhe des Vorjahres. Aus den wichtigsten Bilanzposten des Unternehmens läßt sich ersehen, daß die Blohm u. Böh G. m. b. H. auch zurzeit im Gegensatz zu den meisten anderen Werften recht gut beschäftigt ist. So hat sich der Wert der in Arbeit befindlichen Schiffe einschließlich der Lagerbestände ganz erheblich von 48,3 auf 60,6 Millionen erhöht. Andererseits sind die Anzahlungen der Besteller auf Schiffe im Bau, sowie der Posten „Verschiedene Gläubiger“ von 63,3 auf 78,3 Millionen gestiegen. Diese Tatsachen beweisen, daß auch zurzeit bei diesem Unternehmen von Schwierigkeiten keine Rede sein kann.

Stahlwerk Döhlen meldet Verluste. Der Abschluß der Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen A. G. in Dresden, die von Otto Wolff und dem Stahlkonzern Paul Rohde beherrscht wird, meldet für das jetzt abgeschlossene Geschäftsjahr 1928/29 einen Verlust von mehr als 620 000 Mark. Im vergangenen Jahre wurde aus einem Reingewinn von rund 496 000 Mark eine Dividende von 6 Proz. gezahlt. Der Verlust wird von der Verwaltung mit der ungünstigen Konjunktur in Mitteldeutschland begründet.

Geogr. 1828  
**Bettfedern Schwaeter**

Zentrale im Stadtbahnhof Börsen, Filiale Wilmsdorfer Str. 83 am Kurfürstendamm

**Die schönsten Weihnachtsgebente**

Kopfkissen, Deckbetten, Stoppdecken, fabelhafte Muster 18,75, 22,50, Daunendecken 38,50, 45,00, 65,00, 80,00.

## Wilhelm Filchner: Die Tibeter flüchteten vor uns

Kochbuch bringen wir aus dem bei A. K. Brachhaus erschienenen einseitigen Buch Dr. Filchners über seine Kochkunst. „Um man wolle eine interessante Leseprobe.“

In einem großen Bulazelt hatten uns schon seit neun Tagen der Häuptling des Bezirks und die neuen Bulaleute erwartet. Ein Doppelfeuer brannte, und wir litten keinen Mangel. Sogar drei Hammel wurden für uns bereitgehalten. Der Häuptling eröffnet uns, daß unser Bulabegleitbrief mit dem Ziel „Kudol“ ausgestellt sei und daß die Route nach Kudol in seinem Distrikt sehr bald abtoben würde. Die offizielle Bularoute verlief nach Ngariga weiter, das sich ungefähr zwei bis drei Tagemärsche südlich von Kudol befände. Dort in Ngariga residierte ein tibetanischer Beamter, der beinahe an Rang dem Dalai-Lama gleichkäme. Der Häuptling betonte nochmals, daß wir uns nur nicht zwei Tagereisen im Distrikt Schumba befänden, und hat um unsere sofortige Entscheidung, da er gegebenenfalls den Bulabrief abändern müsse.

Wir entscheiden uns für die Bularoute und nehmen Ngariga als Ziel. Der erste Häuptling schreibt noch am Abend den Begleitbrief für uns mit dem Ziel Ngariga, den wir alle drei unterzeichnen müssen. Er versichert uns, daß wir in 14 Tagen Ngariga erreichen können und daß wir auf dieser Linie keine schweren Pässe mehr zu überwinden hätten.

Da die Koramane nach Witternacht noch nicht eingetroffen ist, scheint es fast, als ob die Treiber einen falschen Weg eingeschlagen hätten. Es werden sofort Boten ausgesandt, um die Vermissten zu suchen.

3. Februar. Die Jaks kommen erst gegen Mittag an. Sie hatten tatsächlich einen falschen Weg nach Süden eingeschlagen und waren durch einen der Rundscharfer eingeholt worden. Wir können heute unmöglich weitermarschieren und benutzen diese Ruhe, um unsere Koffen zu ergänzen; mein Freund Dak stellte mir aus Fell Schuhen her. Ich kam mir wie neugeboren vor, als ich meine zerschundenen Füße auf einige Tage geschützt wußte.

Ich zahlte den bald nach Jarra zurückkehrenden Bulaleuten meinen Mietanteil aus.

4. Februar. Es sieht trübselig aus; nichts als Schneewolken. Wir treten gleichwohl über mächtige Schutthalden den Marsch westwärts an, am Fuße eines steilen Felsrückens, verlassen über einen lichten Sattel die Lagerschnee- und betreten jenseits eine breite, nach Westnordwest streichende Talsfurche. Im heftigen Schneestreiben stoßen wir zufällig am Fuß einer Felsnahe und einer von Süden vorstreichenden breiten Höhenzunge auf die für uns dort vorherbestimmte zwei Zelte, die schnell eingeschneit sind. Ein ungemütlicher Nachmittags. Ununterbrochener Schneefall.

5. Februar. Herrlicher Morgen. Da die Tiere gestern kein Futter erhielten, muß heute das Verhärmen unbedingt nachgeholt werden. Wir können daher erst später abmarschieren. Das kommt mir nicht gelegen, weil am Nachmittag programmäßig magnetische Messungen fällig sind und ich möglichst frühzeitig am neuen Lagerplatz eintreffen will. Endlich können wir in tiefem Schnee weiterziehen. Die Sonne brennt, und es ist ganz unmöglich, ohne Gletscherbrille auch nur einige Minuten den Blick auf die glühenden Eisflächen zu richten. Auch alle Eingeborenen bedienen sich solcher Augenschutzhüllen.

Unsere Führer meinten, daß der heutige Marsch nur ganz kurz sein werde. In Wirklichkeit war er einer der größten, die wir überhaupt zurückgelegt haben. Schier endlos sind die tieferen Ebenen, die heute durcheinander werden. Glücklicherweise ist die Luft feucht, so daß wir den Marschrichtungspunkt beibehalten können, sonst würden wir bestimmt unser Ziel nicht erreichen. Die viele Kilometer breite Talebene weitet sich um das Dreifache, und in der Mitte ragt ein Hügelmassiv auf. Wir lassen dieses rechts liegen und boenden den schweren Marsch kurz vor Sonnenuntergang am Fuß eines vereisten Felsmassivs, dem Gipfel einer unserer bisherigen linken Talbegrenzungsette.

Trotz der knappen Zeit gelang es, meine Arbeiten planmäßig durchzuführen, allerdings unter Jubelstimmung der Nacht.

6. Februar. Ein lachender Morgen mit kaltem Südwind; bald setzt Schneestreiben ein. Heute läßt es den Boh erklimmen, der das gemaltige Felsmassiv zur Linken mit dem Talbegrenzungsrücken zur Rechten verbindet. Der Anstieg ist nicht ohne Gefahr. Der muldenreiche, vereiste Hang bringt die Tiere zum Ausgleiten. Weiter aufwärts zwischen Rillen, tiefen Schneefallen, steilen Schutthalden mit kantigen Gesteinstrümmern; alles im Schnee begraben.

Wir steigen bei Schneestreiben und eisiger Kälte höher und höher, bis wir am Bestabfall dieses riesigen Felsplateaus stehen. Etwas unterhalb des felsigen Oberteils, an dem muldenreichen Hang, der nach Westen abfällt, wollen wir die Nacht verbringen. Die Führer hatten im Schneesturm zwischen den Felsstrümmern eine Stelle gefunden, in der unter dem Schnee eine Menge Schottnist aufgeschichtet lag. An dieser Stelle schlugen wir unser Zelt auf, während der Sturm heulte und uns die Zähne vor Frost klapperten.

Die Nacht bringt einen Zweikampf zwischen Vollmond und Schneewolken, ein Ringen zwischen gutem und schlechtem Wetter. Schließlich gewinnt der Schnee den Sieg, und um Witternacht behauptet er das Feld. Das ganze Gelände ist am Morgen des 7. Februar wie mit einem großen Leinwand überdeckt. Windstille. Auch das Zeltinnere ist mit einer handbreiten hohen Schneelage versehen. Wir machten uns schnell marschfertig, um hier nicht einzufrieren. Rasch hinunter nach Süden in ein Talbecken über den muldenreichen Hang hinweg. Die müden, bepackten Jaks stanken dort bis über den Bauch in den Schnee; sie schnauben und prusten, und nur der Eingeborene ist fähig, unter so schwierigen Umständen eigenwillige, grunzende Jaks zusammenzuhalten und vorwärts zu bringen.

In der breiten Ebene, die sich nach Süden fortzieht, ist die Begleitfahne etwas besser, trotz der vereisten Flächen und tiefen Löcher. Ringsum felsige Hüben und tiefe Buchten mit eisigen Felten. Dort treffen wir einen der Häuptlinge dieses Distrikts, einen alten Mann. Er erblickt sich, uns nach dem Lagerplatz zu begleiten. Auch entschuldigt er sich, daß er noch nicht für uns vorbereitet sei, aber der Bulabrief sei ihm erst gestern gekommen.

Unweit von hier sollen wir wenigstens doch eine Benutzung haben. Wir stehen an der Quelle des San-tschu-sang-po, der zum Indus hinunterfließt. Gott sei Dank, das schwerste Stück liegt hinter uns: die Wasserscheide zwischen dem abflusslosen Hoch Tibet und Indien. Wir befinden uns jetzt noch wenigen Schritten im indischen Stromgebiet. Von nun an geht es also hinaus nach der Ebene, die vor Jahrhunderten und Jahrtausenden ganzen Völkern ein sehr fruchtbares Erdbild gewesen ist.

Doch so mühevoll sollte sich unsere Freude nicht verwirklichen. Der Talboden, auf dem wir uns abwärts bewegten, war derartig vereist und mit so tiefem Schnee bedeckt, daß wir teilweise noch langsamer vorantamen als auf den steilen Pässen bergauf. Die Tiere brachen ständig ein. Der Häuptling führte uns nach dem Bulaplag, wo er uns in dem geräumigen Zelt seines ihm vorgelegten Kollegen bei zwei Damen einquartierte. Hier war es ungemütlich; denn am Abend brannte kein Feuer, und der uns gereichte Tiamba war recht dürrig. Die Jaks trafen erst spät in der Nacht ein.

Auch heute keine Bandlung. Die Bulageschäfte werden hier von drei Häuptlingen entschieden. Aber nur einer ist anwesend, und dieser sagt, daß wir erst in vier Tagen weitermarschieren könnten. Der Bulabrief sei bereits vorausgegangen.

Ich arbeite den ganzen Tag an meinen Messungen. Indische Schmuckschalen, die wir bei den Frauen sehen, deuten darauf, daß das „gelobte Land“ nicht mehr allzu fern ist. Die Frauen hier haben interessante Gesichter, dem Indianertypus ähnlich.

9. Februar. Auch heute ein neuer, unfreiwilliger Rasttag. Die Dinge um uns her gestalten sich immer mysteriöser. Wie man munkelt, ist der erste Häuptling, dessen Zelt wir bewohnen, heimlich

abgerückt und hat sein talwärts gelegenes Zelt bezogen, woselbst seine Jaks und Schafherden untergebracht sind. Ihm soll auch der zweite Häuptling gefolgt sein und ein Diener, der am jetzigen Tage für uns Brennholz gesammelt hat. Der Grund der Flucht war mir klar; man hatte gemeine Angst vor uns. Deshalb rückten die tapferen Männer aus. Die Frau des ersten Häuptlings, der ich inzwischen eine „Beruhigungsspielle“ verabfolgt hatte, ließ den Heiden sagen, sie möchten zurückkehren; die Fremden seien ganz harmlose Leute. Das wirkte. Bald traten die beiden Häuptlinge unter Führung des weihhaarigen dritten Häuptlings ein, der uns gestern nach dem Zelt gebracht hatte. Die Häuptlinge suchten nach allerhand Ausreden. Sie wollten uns den Bären aufbinden, sie hätten Befehl erhalten, uns keinerlei Unterstützung zuteil werden zu lassen; der Bulabrief sei nicht echt! Jetzt saßen wir sie härter an und sagten ihnen auf den Kopf zu, daß sie die Folgen ihrer Widersehligkeit zu tragen hätten. Plötzlich waren sie wie umgewandelt und wollten für uns Himmel und Hölle in Bewegung setzen. Sie boten zwei Schafe als Buße und versprochen, daß bis zum Mittag des nächsten Tages alles bereit sei. Während der ganzen Nacht wurde im Zelt disputiert, und alle Leute bemühten sich plötzlich, einen guten Eindruck bei uns heroorzurufen.

## August Strindberg: Der Demokrat Tolstoi Aus dem Nachlaß übertragen von Emil Schering

Wie konnte Tolstoi, dieser Graf und Offizier, dieser reiche Gutsbesitzer und berühmte Dichter, Demokrat sein, sich mit den arbeitenden Klassen verwardt fühlen?

— Er besaß Schamhaftigkeit und Rechtsgefühl! Allerdings wurde diese seine bessere Natur zunächst unterdrückt von den Verwandten, die ihn erzogen, und von den schlechten Kreisen, mit denen er verkehrte. So wurde er zuerst all den anderen gleich.

Während des Krieges, als Offizier, vernünftige er sich, während der Soldat litt. Als Gutsbesitzer mit 700 Untergebenen vergebete er in der Hauptstadt und im Auslande, was seine Bauern erarbeiteten.

Aber eines Tages erwachte er und begann über den Zweck des Daseins und das Wesen der Gesellschaft nachzudenken. Er verglich den unruhigen Salonpöbel mit den unentbehrlichen Arbeitern, die zum Lohn darben mußten und verachtelt wurden.

Diese Betrachtung des Rüksichts empörte ihn mehr als alles andere. Jetzt begann er sich seinen Bauern zu nähern. Zuerst mußten sie ihn abstoßen, weil sie andere Gewohnheiten als er besaßen. Ihr Mißtrauen verlegte ihn, denn sie glaubten, er sei ein Demagoge, der die Volksgunst benutzen wollte, um Macht zu erringen.

Um sich zu entschädigen, suchten sie ihn auszubeuten; spielten den Armen, um einen Schnaps zu erhalten; betrogen ihn bei der Pacht; bißen in die Hand, welche die Gabe reichete.

Aber all diese häßlichen Eigenschaften hatte er bei den vornehmen Taugenichtsen in noch höherem Maße gefunden. Besonders Diebstahl war hochentwickelt beim Hofpöbel und Beamtenmob. Das Offizierskorps bestand beinahe nur aus Räubern.

Als er sich seinen Bauern näherte, fand er bei ihnen wertvolle Eigenschaften, die den Oberen völlig fehlten.

Erstens konnte die Gesellschaft nicht ohne die arbeitenden Klassen bestehen, während die Gesellschaft viel besser gedeihen würde ohne das Ungeziefer, das nicht nur überflüssig ist, sondern geradezu schädlich.

Dann fand er bei der Unterklasse, außer dem Gesunden, das Arbeit und erfüllte Pflichten geben, ein unerschütterliches Gefühl von Recht, eine stille Ergebung in den Willen der Vorsehung. Auch konnten sie sich wie Kinder über eine Kleinigkeit, eine Ruhepause, einen Tanz, einen Trunk freuen.

Da begann Tolstoi selbst körperlich zu arbeiten, um deren Arbeit zu ehren, um eine von den ersten Pflichten des Menschen zu erfüllen, um sich selbst gesund zu erhalten. Das Solonteben hatte er früh durchgemacht: das war hohl, ränklos, erbärmlich.

Dann machte er sich zum Volksschullehrer, schrieb Abc-Bücher, unterrichtete in Rechnen, Lesen und Schreiben. Einige Zeit lang ging es gut.

Da aber entdeckte er, daß die Geschichte eine große Fälschung ist, gezeichnet von der Oberklasse, zensuriert von den Höfen, um die Unterklasse in Respekt zu erhalten. Er griff zu den Büchern der Römige und begann sie auf seine Weise zu lesen. Als er aber an die heilige russische Geschichte rührte, erschienen die Gendarmen. Geschichte und Gendarmen haben stets zusammengehört!

Die religiöse Krise Tolstois, die seiner ersten demokratischen Epoche parallel läuft, war rein orthodox (griechisch orthodox). Er nahm das, was vorlag, aber ging doch direkt zu den Evangelien.

Dort lernte er, daß die Menschen nicht das Recht besitzen, jemanden zu verachten, weil er schlechter gekleidet ist, gröbere Hände hat, Mundart spricht. Der Verachtliche ist vielmehr der reiche Jüngling, ob er nun arbeitsloses Einkommen, eine Stellung, eine Auszeichnung ererbt, erworben oder erbschwindelt hat.

Aber Tolstoi hatte auch vom Frieden auf Erden gelesen. Da er selbst den Krieg aus der Nähe gesehen hatte, begann er sich zu fragen, ob es recht sei, Kriege zu führen.

Wenn zwei Menschen in Streit geraten, dürfen sie sich nicht schlagen, sondern müssen den Friedensrichter aufsuchen. Wenn zwei Gemeinden zusammenstoßen, so müssen sie vor Gericht gehen, aber dürfen sich nicht schlagen. Wenn zwei Provinzen verschiedene Interessen haben, so dürfen sie nicht Krieg erklären, sondern müssen das Ministerium um Entscheidung anrufen.

Aber — wenn zwei Nationen sich streiten, dann dürfen sie sich schlagen, obgleich es Gefährde, Konsuln, Außenminister gibt.

In seinem Roman „Krieg und Frieden“ entwarf Tolstoi das Geheimnis des Krieges.

Alle Kriege beruhen auf einem Vorwand. Wenn die Oberklasse zu hart von unten bedroht wird, liegt die Rettung im Kriege. Aber Patriotismus wird ausgespart: das Vaterland soll in Gefahr sein, die nationale Ehre steht auf dem Spiel ujm.

Jetzt beginnt eine goldene Zeit für die Oberklasse, besonders für das Militär, am meisten für die Offiziere. Spielschulden werden bezahlt durch Kriegsteuer, Fehlbeträge werden in der Kriegskasse verschleiert, Lieferanten werden reich, Offiziere werden befördert: das scheint der Hauptzweck des Krieges zu sein.

Während der Zeit hat die Unterklasse es schlechter als gewöhnlich. Jeder Ausdruck von Mißvergnügen wird von der Kriegsmacht unterdrückt und als Verrat am — Vaterland bestraft. Handel und Gewerbe werden vernichtet, Saaten niedergetreten, Geld durch Gehehe erpreßt. Die männliche Bevölkerung wird so gelichtet, daß nur Schwächlinge und Krüppel übrig bleiben.

Alsa der Krieg ist auch eine Maßregel der Oberklasse! Doch aus dem Evangelium Christi holt Tolstoi noch eine Lehre: Strafe und Verzeihung.

Als ich zum ersten Male las, daß Tolstoi Gerichte und Gefängnisse abschaffen wollte, wurde mir bange, und ich verschloß meinen sonst offenen Schreibtisch.

Dann aber las ich Riss Quiding wieder, der, allerdings in der neuen Gesellschaft, meint, die Schande, erlappst zu werden, genüge, um einen Verirrten zu bestrafen. Da begann ich mich zu fragen, ob Strafflosigkeit nicht das Richtige ist.

Bedingte Begnadigung heißt ja der erste Schritt! Der ist noch wendig, da es Uebereilung gibt, da die Galle überfließt, stets aus guten Gründen.

Dann aber müßte folgen: die Strafe, rein abstrakt angewendet. Der Schuldige müßte, verurteilt, unter dem Schutz des Gesetzes stehen. Seine Person dürfte nicht dadurch degradiert werden, daß die Gerichtshöner ihm Mißachtung bezeigen. Wer bestraft wird, wird ausgerichtet durch das Leiden. Wenn er wieder freikommt, müßte er besser behandelt werden als die — welche unbestraft geblieben sind.

Das ist vielleicht der innerste Sinn in Tolstois Paradoxon, daß die Gerichte abgeschafft werden müßten. Wir pflegten früher diesen Widerspruch im Rechtswesen der christlichen Gesellschaft also zu formulieren: „Nichtes nicht, damit ihr nicht gerichtet werdet“ — falls ihr nicht das Richtergewesen abgelegt habt.

Tolstoi war kein Demagoge. Er schmeichelte dem „Volk“ nicht, um etwas zu gewinnen. Er jagte ihm im Gegenteil alle seine Fehler. Er „liebte“ es wohl taum.

Sein Rechtsgefühl war erwacht. Der Ueberfluß quälte ihn wie ein böses Gewissen. Sein letzter Wille war, daß der Boden den rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben werden muß, weil der Boden seinen Wert nur durch den Bebauer erhält.

### Die Kosten des Gibraltartunnels

Nachdem in letzter Zeit die Frage einer Untertunnelung des Kanals zwischen Calais und Dover erneut lebhaft diskutiert worden ist, ist auch der Gehalte einer möglichen Durchquerung der Gibraltartroße auf dem Unterwasserwege wieder aufgetaucht. In diesem Zusammenhang dürfte es interessant sein, sich an Hand neuer spanischer Berechnungen, wie sie die „Geographische Zeitschrift“ wiedergibt, ein Bild über die in Frage kommenden Einzelheiten zu machen, die für einen derartigen Bau ausschlaggebend sind.

Da die Meerestiefe an der schmalsten Stelle zwischen den beiden Kontinenten etwa 900 Meter beträgt, wäre man gezwungen, eine längere, aber weniger tiefe Zone zur Untertunnelung zu bemessen und hat bereits weiter westlich zwei Projekte ins Auge gefaßt, deren eines den Bau des Tunnels von der Baquerolal-Spaniens in geradem Wege nach Langer vorsieht, während ihn das andere von Anse Solonia im letzten Bogen ostwärts nach Pointe Karbusch östlich von Langer beabsichtigt. Das erste Projekt scheint nach den Berechnungen durchaus das rentablere zu sein. Dieser Tunnel, der nach der Fertigstellung 48 Kilometer lang wäre (davon 32 unter Wasser) und in einer Maximaltiefe von 440 Meter 44 Meter unter dem Meeresboden liefe, würde einen Kostenaufwand von 330 Millionen Peseten bedingen. Die Vorteile des anderen von Anse Solonia nach Karbusch würden darin bestehen, daß sein Gefälle nicht 25 pro Tausend, sondern nur 10 pro Tausend betrage und man nur bis zu einer Tiefe von 420 Metern zu gehen brauche. Infolge seiner bedeutend größeren Länge, nämlich 75 Kilometer — davon 55 unter dem Meer — würden sich jedoch die Baukosten auf über 500 Millionen Peseten belaufen. Der Meeresgrund der Straße von Gibraltar besteht aus festem Fels, dessen Durcharbeitung zwar schwer, aber durchaus nicht unmöglich wäre.

Ron wird mit Spannung der weiteren Entwicklung dieser Angelegenheit, deren große Bedeutung ohne weiteres auf der Hand liegt, entgegenzusehen dürfen.

